

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeile über dem Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 215.

Donnerstag, den 13. September 1917.

24. Jahrg.

Kaiser und Zar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bestätigt, daß die in den Petersburger Geheimarchiven aufgefundenen und in französischen Blättern veröffentlichten Telegramme während des russisch-japanischen Krieges tatsächlich zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. gewechselt worden sind. Das Organ der deutschen Reichsregierung bezeichnet es als ein Glück, daß der von den Gegnern in ihrem Sinne veröffentlichte Depeschenwechsel auch noch in unserem Besitz ist und drückt ihn nun fortlaufend ab. Er hat, sagt das halbamtliche Blatt, das Nicht zu scheuen, denn er enthält nur neue Beweise dafür, daß der deutsche Kaiser die seit langen Jahren drohende Gefahr eines feindlichen Angriffs frühzeitig vorausgesehen und im engen Einvernehmen mit den verantwortlichen Männern alles aufgebieten hat, um sie zu beseitigen.

Der Wortlaut der Depeschen läßt allerdings nur die Schlussfolgerung zu, daß der Kaiser sich bereits 1904 um das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland bemüht hat, um den Frieden zu sichern. Aber wenn heute dieser Depeschenwechsel von den Gegnern Deutschlands ans Tageslicht gezogen wird, so geschieht das natürlich nicht, um die Friedensliebe Wilhelms II. vor aller Welt kundzutun, sondern ihn als Initiator böser Pläne, als Urheber der Kriegsgefahr und als Hindernis für den Völkerfrieden hinzustellen. Nachdem die feindliche Propaganda seit Jahren in diesem Sinne gearbeitet hat, darf man sich über solche Wirkung der „Enthüllungen“ nicht wundern, und auch die nachträgliche Korrektur, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an den gefälschten oder veräppelten Telegrammstellen jetzt vornimmt, wird nicht viel daran ändern.

Trotzdem sind die Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ zu begrüßen, weil sie den deutlichsten Beweis dafür liefern, daß Regierungsmethoden, wie sie vor dem Kriege in Deutschland und Rußland üblich waren, sich nicht bewährt haben. Daraus ergeben sich heilsame, durch die grausamen Erfahrungen dieser Kriegszeit allerdings sehr teuer erkauften Lehren, die gerade jetzt bei dem Streite um die Neuordnung der politischen Verhältnisse nicht in den Wind geschlagen werden dürfen.

Welches waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu der Zeit des russisch-japanischen Krieges, als Bülow Reichskanzler war? Daß zwischen dem Zaren und dem deutschen Kaiser eine traditionelle Freundschaft bestand, die erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges in die Brüche ging, ist bekannt genug. Daß aber ein förmliches Bündnis angebahnt wurde und aus welchen Motiven das geschah, ist neu und nach dem Beweismaterial der „Nordd. Allg. Zeitung“ so zugegangen:

Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges hatten sich zahlreiche Firmen um die Kohlenlieferungen für die russische Flotte, besonders für das baltische Geschwader, bemüht. Die Aufträge wurden schließlich deutschen Reedern erteilt, obwohl es sich in erster Linie um die Verpflegung englischer Kohlen handelte. Die Verträge wurden nicht mit der russischen Regierung, sondern mit Privatfirmen abgeschlossen. Sie erstreckten sich nur auf die Beförderung der Kohlen von einem englischen oder japanischen Hafen nach bestimmten neutralen Häfen.

In England entfachte der Geschäftsneid der dortigen Schiffsahrtsgesellschaften einen Sturm der Entrüstung über dieses angeblich der Neutralität widersprechende Verhalten Deutschlands. Dabei führten englische Schiffe um dieselbe Zeit den Japanern große Kohlenmengen zu und beförderten diese nicht etwa, wie die deutschen Schiffe, nur nach neutralen Häfen, sondern bis nach Japan selbst. Sie übergaben vielfach ihre Fracht sogar unmittelbar der japanischen Flotte.

Schon damals war man, genau wie heute, in London der Ansicht, daß die Freiheit der Meere nur für England Gültigkeit habe. Man bemühte sich infolgedessen, Deutschland einzuschüchtern. Die Presse erging sich in Drohungen. Lord Lansdowne erklärte dem deutschen Botschafter rund heraus, wenn Japan sich wegen der angeblichen Neutralitätsverletzung Deutschlands zum Kriege gegen uns veranlaßt sehen sollte, werde England auf japanische Ersuchen hin den Bündnisfall als gegeben ansehen. Die englische Regierung verlegte sich sogar dazu, deutsche Dampfer, die in englischen Häfen Kohlen einnahmen, am Auslaufen zu verhindern, und begründete dies mit dem Verwand, daß die Neutralitätspflicht es verlange.

In Japan, das durch seine Siege übermächtig geworden war, bedrohte man alle Neutralen, die den Gegnern Kohlen lieferten, ganz offen mit kriegerischem Einschreiten.

Es bestand mithin die unmittelbare Gefahr, daß Deutschland, wenn es sich nicht durch diese Einschüchterungsversuche von der Ausübung seines unantastbaren Rechtes auf überseeische Handelsfreiheit abhalten lassen wollte, mit England und Japan in einen von diesen Mächten herausgeforderten Krieg verwickelt wurde.

Unter diesen Umständen war es natürlich und selbstverständlich, daß Deutschland bei dem von der Wahrung seines

Rechtes sehr empfindlich mitberührten Rußland Anlehnung suchte. Dies geschah am 27. Oktober 1904 durch die folgende den Vorschlägen des Auswärtigen Amtes entsprechende Depesche des Kaisers an den russischen Zaren:

„Seit geraumer Zeit bedroht die englische Presse Deutschland, damit es unter keinen Umständen gestatte, daß an dein baltisches Geschwader, das jetzt auf der Ausreise ist, Kohlen gelandt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die japanische und die englische Regierung einen gemeinsamen Protest gegen unsere Verjagung Deiner Schiffe mit Kohlen einlegen, verbunden mit einer Aufforderung, jede weitere Tätigkeit einzustellen. Das durch eine solche Kriegsdrohung angestrebte Ergebnis wäre, daß Deine Flotte völlig festgelegt und daß es ihr durch Kohlemangel unmöglich gemacht würde, ihr Ziel zu erreichen. Dieser neuen Gefahr würden Rußland und Deutschland gemeinsam zu begegnen haben. Deinen Bundesgenossen Frankreich hätten sie dabei an die Verpflichtungen zu erinnern, die er in dem Zweihundertvertrag mit Dir übernommen hat, an den casus foederis. Es ist ausgeschlossen, daß Frankreich angesichts einer solchen Aufforderung verhalten sollte, keine selbstverständlichen Verpflichtungen gegen seinen Verbündeten auszuweichen. Obwohl Delcasse ein geschworener Anglophile ist, wird er klug genug sein, um zu begreifen, daß die englische Flotte ganz außerstande ist, Paris zu schützen. Auf diese Weise würde eine machtholle Vereinigung der drei stärksten Weltmächte gebildet werden, die angrenzenden die anglo-japanische Gruppe zweimal überlegen würde.“

Die Klagen Englands wegen unserer Kohlenverföhrung für russische Schiffe sind um so weniger gerechtfertigt, als England seit dem Beginn des Krieges — nachdem es Japan zwei Panzerschiffe, „Kisim“ und „Kahaga“, unter englischen Offizieren und Besatzungen geschickt hat — ständig die japanische Flotte mit ihren Kohlen versorgt und ihnen nicht weniger als 30 Dampfer verkauft hat. Die Seeschiffe, die Logo liefert, werden mit Carbidkohlen gesteuert. Es würde natürlich für uns viel angenehmer sein, wenn die Engländer so klug wären, dies alles zu bedenken, und uns allein und in Frieden zu lassen. Aber ich werde nie einen Augenblick vor einer ungerochtfertigten Drohung zurückweichen.“

Die Depesche schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns über das bekannte Mißgeschick der russischen Flotte in der Nordsee, die an der Doggerbank in jenen Tagen englische Fischerboote beschloß, mit der Versicherung, daß dieser „Unfall“ trotz äußerer Nervosität in den maßgebenden Kreisen Englands nicht tragisch aufgefaßt werde; mit dem Hinweis auf italienische Schiffsbauten für Japan, weshalb dem Zaren vorgeschlagen wird, auch neue Linienfahrzeuge zu bestellen, weil diese „bei Friedensverhandlungen eine vorzügliche Uebereberedungskraft ausüben“, und schließlich mit Grüßen an die Zarin.

Auf diese Depesche hat der Zar am 29. Oktober 1904 dem Kaiser geantwortet:

„Dein Telegramm trifft in einem sehr ersten Augenblicke ein. Natürlich kennst Du die ersten Einzelheiten des Nordseeunfalls aus dem Telegramm unseres Admirals. Selbstverständlich ändert dies vollständig den Charakter des Ereignisses. Ich habe keine Worte um meine Entrüstung über Englands Verhalten auszubreiten. Es scheint, daß die Weltmächte in ähnlichen Fällen Gefahr laufen, daß keine (Englands) öffentliche Meinung eine verständigere Haltung seiner Regierung überwindet. Letztere muß ihr folgen. Die Minister des Landes unternehmen gewagte Schritte und senden freche Noten mit ganz unannehmbaren Bedingungen. Das ist die Folge davon, daß man nach der Eingebung des ersten Augenblicks handelt! Heute befaß ich Lansdowne, meinem Londoner Botschafter den Vorschlag zugehen zu lassen, die ganze Frage einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten, wie im Protokoll der Haager Konferenz bestimmt ist. Ich stimme völlig Deinen Beschwörungen bei über Englands Verhalten hinsichtlich der Kohlenverföhrung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer, während es sich auf Bestimmungen versteht, die Neutralität auf seine eigene

Art zu wahren. Es ist sicherlich hohe Zeit, dem ein Ende zu machen. Das einzige Mittel wäre, wie Du sagst, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich zugleich über eine Uebmachung verständigen sollten, um die englisch-japanische Annäherung und Unverschämtheit zu zunichte zu machen. Mochtest Du die Umriss eines solchen Abkommens niederlegen und abfassen und es mir mitteilen. Sobald es vor uns angenommen ist, wird Frankreich genötigt sein, sich seinen Verbündeten anzuschließen. Diese Verbindung hat mir oft vorgeschwebt. Sie wird den Frieden und die Ruhe der Welt bedeuten.“

Hiernach war also Nikolaus II. durchaus damit einverstanden, ein Schutzbündnis gegen englisch-japanische Kriegsdrohungen abzuschließen. Auch er hat natürlich im Einverständnis mit seinen Ministern gehandelt, und da Frankreich mit im Bunde sein sollte, wird man nicht einmal behaupten können, daß es sich um eine Verschwörung „despotischer“ Regierungen zum Unheil der „Demokratie“ der übrigen Welt gehandelt hätte, sondern einfach um die Wahrung der wirtschaftspolitischen Freiheit gegenüber England. Ueberdies läßt ja die Depesche Wilhelms II. ganz deutlich erkennen, daß die Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie sehr stark mitbestimmend für das Anerbieten an Rußland gewesen sind.

Von dieser Seite betrachtet, würde der Depeschenwechsel weiter nichts bedeuten, als eine neue Bekräftigung der schon hinlänglich bekannten Tatsache, daß der Krieg letzten Endes aus dem wirtschaftspolitischen Konkurrenzkampf zwischen Deutschland und England entstanden ist. Aber während es der deutschen Regierungskunst nicht gelungen ist, ein Bündnis zur Sicherung des Weltfriedens zustande zu bringen, ist die auf Verwirklichung der englischen Kriegspläne hinzielende Einkreisungspolitik Eduards VII. nur zu gut gelungen! Das muß tiefere Ursachen haben, und diese liegen in nichts anderem als dem geringeren Kredit, den das deutsche Regierungssystem gegenüber dem englischen in der Welt hatte.

Der Absolutismus, wie ihn der letzte Zar von Rußland verkörperte, war ein toller Bahnhüh. Kein Mensch hat geglaubt, daß dieser willensschwache, leicht beeinflussbare Mensch das Reichreich wirklich lenkte. Rußland wurde von anderen unsichtbaren Händen geführt. Aber das halbabsolutistische Regierungssystem, das bei uns in Deutschland sich erhalten hat, genos draußen in der Welt keinen wesentlich besseren Ruf. Es fehlte ihm der Rückhalt, den eine der Volksvertretung verantwortliche Regierung genießt. Regierungen, die nur auf sich selbst gestützt sind, reizen, wenn sie gestürzt werden, die ganze Staatsform mit in den Abgrund. Das Schicksal Rußlands beweist es aufs neue. Dagegen können Regierungen, die vom Willen des Volkes getragen werden, zwar wecheln — sie müssen wechseln, wenn das Volk es verlangt —, aber die Staatsform bleibt erhalten. So hat Eduard VII., der, gebedt durch die parlamentarische Regierungsform, die Fäden der Ententepolitik spann, sich und seinen Nachfolger vor jeder Unbill bewahrt, während gegen Wilhelm II. der Haß einer ganzen feindlichen Welt entfacht wurde und Nikolaus II. der Wut seines eigenen Volkes weichen mußte.

Mer heute noch darauf besteht, daß an dem deutschen Regierungssystem nichts geändert werden darf, wer dem vom Volke gewählten Reichstag entscheidenden Einfluß auf die Führung der politischen Geschäfte versagt, und alle Macht und Verantwortung allein dem Kaiser und den von ihm selbst gewählten Staatsmännern aufbürden will, der arbeitet an der Untergrabung der Monarchie, denn er treibt sie, bewußt oder unbewußt, jenen Klippen zu, an denen der Zarismus gescheitert ist.

Der Kampf um die Macht.

Ein ungeheurer Haß von Meldungen liegt heute über die Vorgänge in Rußland vor. Nur mit vieler Mühe ist es möglich, sich ein ungefähres Bild von der tatsächlichen Lage zu machen, ohne dabei sicher zu sein, daß man das Richtige trifft. Alle die angeblich zuverlässigen Meldungen — welcher Zeilenhinder arbeitet nach seiner Meinung nicht zuverlässig? — entpuppen sich in vielen Fällen nach wenigen Tagen, ja oft schon nach Stunden als direkt erfunden. Deshalb sind alle Nachrichten aus Rußland, selbst wenn sie von der im Dienste Kerenskis stehenden Petersburger Telegraphen-Agentur kommen, mit größter Vorsicht zu genießen.

Das Neueste aus der vorliegenden Nachrichten ist, daß Kornilow angeblich völlig fasslos und erschütterte Absichten unterworfen sein sollen. Er wird jetzt von natürlich „ausgezeichnet unterrichteter neutraler Seite“ als der reine Friedensengel hingestellt, der bereits auf der Moskauer Konferenz für den sofortigen Frieden gesprochen haben soll. Diese Nachricht wird wohl kaum jemand recht ernst nehmen, da nicht anzunehmen ist, daß jemand das ihm zur Fortführung der Offensive anvertraute Amt des Generalissimus übernimmt, der für den sofortigen Frieden eintritt. Im übrigen spricht auch das ganz natürliche Verhalten Kornilows

gegen diese Meldung, die wir auch nur erwähnt haben, um zu zeigen, was man alles dem Vetter zumutet, zu glauben.

Wenn man der Petersburger Telegraphen-Agentur Glauben schenken darf, ist der Putz Kornilows bereits als gescheitert anzusehen. Sie läßt sich aus „zuverlässiger“ Quelle berichten: Die von Kornilow organisierte Aufstandsbewegung wird von fast der ganzen Land- und Seestreitmacht mißbilligt und nähert sich rasch dem Zusammenbruch. Die Befehlshaber aller Fronten, mit Ausnahme des Generals Denikin, haben in voller Uebereinstimmung mit den militärischen Ausschüssen und den demokratischen Verbänden bei den Truppen erklärt, daß sie der Regierung treu bleiben. General Denikin und sein Generalstab wurden in seinem Hauptquartier verhaftet; in dessen wurde den Verhafteten im Interesse der Landesverteidigung der Befehl über die militärischen Operationen nicht entzogen. Sie wurden aber unter die strenge Aufsicht der militärischen Ausschüsse gestellt. Die Dniefflotte hat sich in ihrer Gesamtheit entschieden für die Regierung ausgesprochen. Die Kolonnen der Truppen Kornilows, an denen mehrere in die Aufstandsarmee aufzulösen Weise auseinander wurden, haben ihren Vormarsch

eingestellt, da sie die Verbindung unter sich verloren haben. Einige Führer dieser Kolonnen trafen in Petersburg ein, um die Erlaubnis zu erbitten, ihre Begleiter festzunehmen, die die Regierung verraten hätten. Die Regierung trifft weiter energische Maßnahmen zur Verteidigung Petersburgs gegen jegliche Angriffe, und es ist zu hoffen, daß ein Blutergießen vermieden werden wird. Zahlreiche aus den Provinzen eingetroffene Nachrichten zeigen die gleiche Haltung vollkommener Ergebenheit gegenüber der einflussreichen Regierung.

Im Widerspruch hiermit steht eine Neutermeldung, nach der gerüchelt wird, daß die ersten Truppenabteilungen Kornilows bereits in Gatschina, 30 Kilometer vor Petersburg, angekommen sind. Wo ist nun hier die Wahrheit?

Kerenski's Aktien steigen, da die sozialistische und bürgerliche Presse und die Moskauer Garnison, sowie die dortigen Berufsverbände, Arbeiter und Eisenbahner sich auf seine Seite stellen. Die sozialistische Presse ist einmütig der Ansicht, daß Kornilow ein Rebell sei. Sein Krieg sei ein Krieg der russischen Bourgeoisie gegen die revolutionäre Demokratie. — „Dien“ schreibt: Die ausgebrochenen Unruhen seien die Erhebung einer Klasse gegen die andere und der Beginn des Bürgerkrieges. Diejenigen, die einen Anschlag gegen den inneren Frieden Russlands machten, fährt das Blatt fort, laufen Gefahr, selbst zugrunde zu gehen, denn sie sind unvermeidlich zu einem Nisko verdammt, selbst im Falle, daß sie zufällig den Sieg über die Demokratie davontragen sollten. — „Dielo Narodna“ meint: Die Bewegung Kornilows sei ein Versuch, die Revolution zu ersticken und den Bauern das Land und die Freiheit vorzunehmen, wonach sie trachteten. — „Kowoje Schijn“ schreibt: Die ganze Demokratie müsse ihre Kräfte um Kerenski, ihr anerkanntes Haupt, schließen, der aber den Grundlag demokratischer Diktatur entgegennehmen müsse. — „Izwestija“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, sagt: Die Ereignisse bewiesen, daß die neue Macht die endgültige Niederwerfung aller gegenrevolutionären Bestrebungen sich zur Aufgabe machen müsse. Wer auch die Träger dieser Macht sein mögen, die Demokratie werde sie lästig stören. — Die bürgerliche Presse beipflichtet die Ereignisse nur sehr kurz. — „Kowoje Wremja“ sagt: Kornilow habe Russland an den Rand eines neuen unergründlichen Abgrundes gebracht. — Die „Börzenzeitung“ schreibt: Wie auch der Ausgang der Bewegung Kornilows sein möge, die Revolution müsse aufrecht erhalten werden. — „Rjetsch“ fragt: Wie kommt es, daß die beiden Gegner, die vorläufige Regierung und Kornilow, die beide behaupten, nur das Wohl des Vaterlandes im Auge zu haben, sich nicht versöhnen und die Hände reichen? Die Zeitung berichtet, daß die Parteimitglieder den ganzen vorgestrigen Tag dazu verwandten, zu der notwendigen Verständigung zu gelangen, daß es ihnen aber leider aus Gründen reiner Formalität nicht gelang, vor allem deshalb nicht, weil die gesetzmäßige Macht nicht mit den Anführern verhandeln könne.

Ueber die Vorgeschichte der Krise wird berichtet: Der Schlag Kornilows gegen Kerenski war bereits auf dem Moskauer Kongress vorbereitet, wo Kerenski gegenüber den gegenrevolutionären Plänen der bürgerlichen Kreise eine Parteilichkeit nach links machte und Gewaltmaßnahmen zur Herstellung der Ordnung nicht in allen Punkten billigte. Kornilow wurde dagegen der Kandidat der neugebildeten, aus extremen Sozialisten gebildeten Partei des republikanischen Zentrums, die wünschte, daß die Diktaturgewalt ihm übertragen werden sollte. Kerenski kannte seine Feinde und beschuldigte die Führer des republikanischen Zentrums gegenrevolutionärer Bestrebungen; er nahm daher jene aufsehenerregende Verhaftung der Großfürsten vor, die ohne Wissen der bürgerlichen Minister erfolgte. Dadurch entstand in Petersburg die Kabinettkrise. Die Kabinettsmitglieder verlangten ihren Abtritt. Jetzt wurde allgemein angenommen, daß Kerenski das Ministerium durch sozialistische Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats ergänzen würde. Diesen Augenblick der Krise wollte Kornilows Partei zu einem entscheidenden Schritt benutzen; sie sandte an Kerenski die Aufforderung, zurückzutreten. Durch Kerenski's Ablehnung wurde eine Doppelregierung geschaffen.

Wir verzeichnen zum Schluß noch folgende bemerkenswerte Meldungen: Nach einer Meldung der „Neuen Korrespondenz“ aus Petersburg bezeichnet der Aufruf des Vorkommens der Arbeiter- und Soldatenlegierten an die Kommandanten der Armee und der Marine den General Kornilow, der sich an die Spitze einer Verschwörung gestellt habe, als Verräter und als Feind des Vaterlandes und erklärt den Entschluß, die provisorische Regierung zu unterstützen.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die von Kornilow aufgestellte Ministerliste enthält nicht den Namen der rechtsstehenden Parteien mehrere unbekannte Namen, auch den Namen des Arbeitervertreter in der ersten Duma, Alabine, der mehrere Jahre in England zubrachte. Kornilow hat Alabine das Amt eines Justizministers zugeordnet.

Die Regierung verbot die „Kowoje Wremja“, weil sie den Aufruf Kornilows in vollem Umfange und den Appell Kerenski's verurteilt veröffentlichte.

Wie ein Amerikaner Blatt aus London vom 11. September berichtet, veröffentlicht die „Times“ ein offenbar stark zensuriertes Telegramm aus Petersburg, worin es heißt: Die Unterhandlungen mit Kornilow dauerten den ganzen Sonntag fort. Kornilow weigerte sich, abzutreten, aber sah der Regierung untergeordnet. Er ließ im Hauptquartier den Regierungskommissar Pilonenke verhaften, während Kerenski den Dumaabgeordneten Szwow verhaften ließ. Petersburg hat trotz des Belagerungszustandes sein gewöhnliches Aussehen behalten. Nur an den Straßenkreuzungen sind schwer bewaffnete Posten aufgestellt. Der Kronmagenverkehr wird überwacht, ein strenges Zensur, daß etwas im Anzuge ist. Es ist noch nicht möglich, festzustellen, auf welche Hilfe Kornilow rechnen kann.

Nach der „Taglichen Rundschau“ meldet der „Daily Chronicle“ aus Stockholm: Das Ultimatum Kornilows an die Petersburger Regierung enthält folgende Punkte: Ueberwindung der militärischen Diktatur an Kerenski, Auflösung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates sowie sämtlicher städtischer Arbeiter- und Soldatenräte und Wiederherstellung der Lebensfrage im Heere.

Wie „Rjetsch“ meldet, beabsichtigt Kerenski und Kerenski, um ihre Vermittlung anzubieten, damit der Bürgerkrieg vermieden werde. Kerenski betrachtete jedoch ein Verhandeln mit den Gegenseitigen für unmöglich. Er erklärte, er wolle nichts dagegen, die Macht an ein neues Kabinett zu übertragen, was mit Kornilow nicht verhandeln konnte. Nach Berichten aus dem russischen Reich:

Rabinettmitgliedern sah man ein, daß Kerenski's Standpunkt der richtige sei, den inneren Unruhen ein Ende zu bereiten. Der frühere Generalkommissar Alexejew wurde dabei für den Posten des Ministerpräsidenten in Aussicht genommen. Inzwischen aber nahm Kerenski trotz der Forderung der Kadetten davon Abstand, die Macht Alexejew zu überlassen und leitete unmittelbare Verhandlungen mit dem Komjet ein. Man nimmt an, daß das sozialistische Element stärker im neuen Kabinett vertreten sein wird. Von Nichtsozialisten verbleiben der Minister des Auswärtigen, Tereschtschenko, und der Finanzminister Ketrakow.

Die Regierung versandte ein Rundschreiben an alle Regierungskommissare der Provinz, worin sie ihre Aufmerksamkeit auf Kornilow's Haltung und sein Vorkommen auf Petersburg lenkt und sie auffordert, die Bevölkerung über die Lage aufzuklären und sie zu beruhigen. Der Appell Kerenski's an die Armee in Petersburg erklärt, daß der frühere Generalkommissar, der das Vertrauen der Nation täuschte, seine Treulosigkeit bewies, indem er Truppen gegen Petersburg führte und dadurch die Front schwächte. Arbeitsminister Skobelew erließ einen Aufruf an alle Arbeiter Russlands, worin er ihnen das Vorhaben Kornilows zur Kenntnis bringt und sie auffordert, die Regierung zu unterstützen.

General Kaledine, Hetman der Donkosaken, soll von der Regierung verlangt haben, daß sie das Ultimatum Kornilows annehme, da er sonst die Verbindungen zwischen Petersburg und Moskau abschneiden würde.

Den Blättern zufolge soll der neuernannte Generalkommissar A. Lembowsky sich Kornilow angeschlossen haben, ebenso die an der Südwest- und Westfront kommandierenden Generale.

Reuter meldet aus Petersburg: Der Kriegszustand über Moskau ist verhängt worden. Die Regierung ordnete an, daß gegen Kornilow und gegen die anderen Generale, die der Rebellion beschuldigt werden, Anklage erhoben wird.

Die Ereignisse in Russland im Verein mit der inneren Lage haben eine sehr gedrückte Stimmung in Paris hervorgerufen. Der französische Botschafter sandte über das Ergebnis der gestrigen Demarche, die er mit den Botschaftern Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten beim russischen Direktorium unternahm, einen Drahtbericht nach Paris, dessen Inhalt sich jedoch, wie es heißt, jetzt nicht zur Veröffentlichung eigne. Die Haltung der Verbündeten Russlands anlässlich der russischen Niederlage erregte in Russland einen Sturm der Entrüstung. Sämtliche, auch die bürgerlichen Blätter, bringen lange entzündete Leitartikel gegen England und besonders Frankreich. Die „Börzenzeitung“ teilt französische Presstimmen mit, welche besagen, man solle Russland aus der Rechnung streichen und lieber das Band zwischen Amerika und Japan fester knüpfen. Die Zeitung bemerkt dazu, derartiges konnte Russland nicht erwarten. Gewiß durchlebe Russland jetzt eine schwere Prüfung, doch sei es nicht aus der Rechnung zu streichen. Jetzt sei der erste Augenblick im Kriege, wo wirkliche Freundschaft sich zeigen könne. Die sozialistischen Zeitungen „Izwestija“ und „Kowoje Schijn“ schreiben: England und Frankreich enthüllen ihre tiefinnerlichen Haß gegen Russland. Sie hätten niemals innerliche Beziehungen zu dem großen östlichen Reich gehabt. Russland sollte nur ihren Krieg zum Siege führen. Da kürzlich ein russisches Presstheft in Kraft getreten ist, welches Angriffe gegen die Verbündeten verbiete, so erfolgte diese Auslassungen mit Billigung der Regierung, man spricht sogar von einem offiziellen Minist. der seitens des Ministerpräsidenten Kerenski erfolgt ist. Außerordentlich lebhaft bespricht man in Petersburg in diesem Zusammenhang den Konflikt, den Kerenski mit dem englischen Botschafter nach dem Moskauer Kongress hatte. Während Kerenski's Sprechweise nach Buchanan ostentativ seine Loge und statete, nach Petersburg zurückgekehrt, dem Außenminister einen offiziellen Besuch ab, wobei er mitteilte, daß Kerenski's Interessen nicht den Interessen der Verbündeten entspreche. Seitdem ist Buchanan die Seele der sogenannten gegenrevolutionären Bewegung, die den Ersatz Kerenski's durch den gänzlich bürgerlichen und den Engländern ergebener Militärdiktator Kornilow erstrebt. Der englische Botschafter verurteilt den monarchistischen geistigen Teil der Generalität, sowie die Kadetten- und Zentrumsfraktion zu gewinnen, bezeichnet jedoch die Wiedererhebung des Zaren vom englischen Gesichtspunkt nicht als annehmbar. Er empfahl jedoch den Großfürsten Michael oder Paul Alexandrowitsch. Vorzugehen sollte dieser monarchistischen Umwälzung die Militärdiktatur Kornilows.

Ein amerikanisch-schwedischer Zwischenfall.

Der amerikanischen Regierung ist es gelungen, einige gestohlene Telegramme abzufangen, die der deutsche Gesandte in Argentinien durch die Vermittlung der schwedischen Gesandtschaft in Buenos Aires abgehandelt hat. Die Telegramme wurden von Reuter veröffentlicht, und die Ententepresse macht der schwedischen Regierung grobe Vorwürfe, daß sie durch Vermittlung der Telegramme an Deutschland die Neutralität verlegt habe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt nun unter der Überschrift: „Zur Klarstellung“: Nach einer Neutermeldung aus Washington veröffentlicht das Staatsdepartement den Wortlaut dreier Telegramme, die der deutsche Gesandte in Buenos Aires im Mai und Juli 1917 durch die Vermittlung der dortigen schwedischen Gesandtschaft abgehandelt hat, die unsere Beziehungen zu Argentinien betreffen. Die Veröffentlichung ist offenbar ein Ausweis der durch die militärische Lage, durch die jüngsten deutschen Entschlüsse und durch die friedliche Velleitung des „Zero“-Zwischenfalls erzeugten schlechten Laune im föderalen Lager und verfolgt den doppelten Zweck, einmal die neue Krise in den deutsch-argentinischen Beziehungen zu erzeugen und sodann der schwedischen Regierung eine Ungelegenheit zu bereiten. Gegen die letztere richtet sich der neue Depeschendruck, dessen sich die amerikanische Regierung rühmen darf, in erster Linie und der gesamte Chorus der Entente-Presse beifallt sich, die wilden Vorwürfe gegen die angeblich neutralitätsverletzende Verhalten zu erheben. Zur Klarstellung sei folgendes bemerkt: Die deutsche Regierung nahm in der Tat gelegentlich die Hilfe der schwedischen Regierung in Anspruch, um Nachrichten von und nach dem neutralen Schweden zu lassen, wobei sie durch das vorkriegsübliche Verhalten der schwedischen Regierung und ihrer Bundesgenossen abgesehen war. Bekanntlich die deutsche Regierung, entsprechend dem internationalen Grundsatz, wonach die über See verkehrenden Kriegsschiffe der Neutralen und Kriegsschiffe, wogegen sie anlässlich der militärischen Natur sein, unbedingte Freiheit der Reiseverkehre auf neutralen Schiffen auch dann anzuwenden hat, wenn diese von feindlichen Gebiet in neutralen oder von neutralen Gebiet in feindliches Gebiet verkehren, unter dem die britische Regierung in jedem Falle die Befugnis zu dem Verbot der Reiseverkehre hat.

Abkommens über gewisse Einschränkungen und Ausübung des Seebeuterechts im Verein mit ihren Verbündeten. Der Krieg beginnt an, nicht nur den unmittelbaren Briefverkehr, sondern auch mit den neutralen Ländern, sondern sogar den Nachrichtenverkehr zwischen den neutralen Ländern selbst in der rücksichtslossten Weise. Es ist daher selbstverständlich, wenn neutrale Regierungen ihre guten Rechte, den Nachrichtenverkehr der Kriegführenden mit anderen Neutralen zu vermitteln, auch in der Form ausüben, daß sie deren amtliche Chiffre-Telegramme weiterbefördern. Das ist sogar die Regierung der Vereinigten Staaten, als sie ihre äußere Neutralität noch aufrecht erhielt, indem sie in zahlreichen Fällen die Beförderung gestörter deutscher amtlicher Telegramme übernahm. Für Schweden lag ein Anlaß zu einem solchen Entgegenkommen gegenüber Deutschland umso eher vor, als es seiner natürlichen Lage als Durchgangsland zwischen Rußland und England entsprechend, auch den Nachrichtenverkehr dieser Feinde Deutschlands in weitgehendem Maße vermittelt. Wie in dem der schwedischen Presse zugegangenen und auch hier veröffentlichten Communiqué mit Recht hervorgehoben wird, liegt in solchem Verhalten keine Neutralitätsverletzung, zumal Schweden, wie aus dem Communiqué erhellt, ähnliche Dienste auch den Vereinigten Staaten für den Telegraphenverkehr durch Deutschland nach dem Orient leistete.

In derselben Angelegenheit meldet das schwedische Telegraphenbureau: Angehts der Anschuldigungen des Staatssekretärs Lansing gab der schwedische Minister des Auswärtigen Montag abend folgende Erklärung ab: Das Ministerium des Auswärtigen erhielt keine Mitteilung über die Uebermittlung der in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten erwähnten Telegramme. Das Ministerium kann darum keine endgültige Stellung zu den Fragen nehmen, die sich daraus ergeben können. Indessen ist es wahr, daß zu Beginn des Weltkrieges der sich damals im Amt befindliche Minister des Auswärtigen gestatten mußte, daß ein deutsches Telegramm über die Zivilbevölkerung von Kiautschou zurücktelegraphiert würde und ähnliche Erlaubnis den Vertretern beider kriegführenden Parteien unabhängig davon gewährt würde, ob Schweden mit der Vertretung der Interessen eines im Kriege befindlichen Landes betraut war, was unzweifelhaft einen beträchtlichen Austausch von Telegrammen und Briefen mit sich bringt. Was die Vereinigten Staaten betrifft, ersuchte der amerikanische Gesandte in Stockholm bei mehreren Gelegenheiten im Laufe dieses Jahres, daß Briefe und Telegramme von oder nach der Türkei übermittle würden. Dies wurde bewilligt. Das Ersuchen wurde ebenfalls gestellt, zur Zeit als die Türkei sich nicht im Kriegszustand mit den Vereinigten Staaten befand und die schwedische Gesandtschaft noch nicht mit der Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten beauftragt war. Diese Depeschen wurden über Deutschland gesandt. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten ließ durch den vom 14. April datierten Brief dem amerikanischen Gesandten in Stockholm für die ihm zu bezeugte internationale Höflichkeit seine Erkenntlichkeit aussprechen. Schon im Laufe des Sommers 1915 wurde von Seiten Englands der Wunsch ausgesprochen, daß die Uebermittlung von Depeschen zwischen Deutschland und Nordamerika aufhöre. Es wurde aber keine förmliche Vorstellung erhoben, aber der damals im Amt befindliche Minister des Auswärtigen glaubte, dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch erfüllen zu müssen. Nachdem indessen der Minister des Auswärtigen eine mündliche Besprechung mit dem englischen Gesandten gehabt hatte, glaubte er, auf dem Laufenden über die Tragweite dieser Verhandlungen, nicht, daß ein Hindernis vorliege, Telegramme nach anderen neutralen Ländern, z. B. nach Argentinien zu übermitteln. Infolgedessen fanden Uebermittlungen von Depeschen mit diesem Lande statt. — Nach amerikanischen Meldungen waren die jetzt in Frage kommenden Depeschen in einer Geheimsprache abgefaßt, und infolgedessen für den übermittelnden Teil nicht zu entschlüsseln. Wir sind nicht in der Lage festzustellen, ob der Inhalt der Depeschen den ihnen zugeschriebenen entsprach. — Die erste Maßnahme besteht notwendigerweise in der Erlangung einer Erklärung Deutschlands, daß ein Mißbrauch stattgefunden hat, die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung auszuschließen und dies unabhängig von möglichen Schritten. Es wurde weder von den Vereinigten Staaten noch von England ein Schritt unternommen hinsichtlich der Unterdrückung der Uebermittlung von Depeschen zwischen Schweden und Argentinien, weder früher noch jetzt. Nichtsdestoweniger wurde die Angelegenheit durch die Presse vor die Öffentlichkeit gebracht. Ein von zuständiger Stelle auf formelle oder halbformelle Weise vorgetragener Wunsch würde doch ohne Verzug einen günstigen Empfang gefunden haben.

Ohne heute näher auf den Vorfall einzugehen, wollen wir nur darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten denselben anerkennend zu einer Haupt- und Staatsaktion benutzen wollen. Reuter meldet nämlich aus Washington: Die Antwort des schwedischen Ministeriums des Auswärtigen rief sowohl in diplomatischen wie amtlichen amerikanischen Kreisen das höchste Entsetzen hervor. Im Staatsdepartement werde betont, daß man mit einer einfachen Erklärung Schwedens, daß es die Wiederholung des Vorfalls verhindern, sich nicht zufriedenstellen würde. Möglicherweise werde die Angelegenheit zum Gegenstand gemeinsamer Beratungen der alliierten Regierungen gemacht werden. Jedes Jögern seitens Schwedens, für genügende Abhilfe zu sorgen, könnte zu gemeinsamen Vorstellungen sämtlicher alliierten Regierungen führen.

In Argentinien selbst behandelt man die Angelegenheit bisher mit einer angenehm wirkenden Ruhe. Die „Times“ vernimmt aus Buenos Aires, daß die Regierung von Argentinien nichts unternommen wird, bevor sie von Senor Raons amtlichen Bericht aus Washington erhalten hat. Die Mitteilungen von Lurzburg (deutscher Gesandter in Argentinien) über den Beschluß in der Geheimhaltung des argentinischen Senats sind richtig. Die argentinische Regierung wünscht nun zu wissen, wie er zu diesem Bericht gekommen ist.

Im allgemeinen nimmt man an, daß kein Bruch zwischen Argentinien und Deutschland erfolgen wird. Die Regierungsorgane machen bereits einen Unterschied zwischen Lurzburg persönlich und der deutschen Regierung. Die „Times“ fügt hinzu, sie glaube, die argentinische Regierung werde nach Berlin mitteilen, daß Lurzburg nicht länger mehr persona grata sei und außerdem werde die argentinische Regierung einen Protest an Schweden richten.

Die Kriegslage.

Die große Einheitsoffensive der Entente, die am 8. September an der Westfront noch einmal festig ausbrach, ist wieder vollkommen abgeflaut. Die Engländer versuchten zwar auch am 11. September durch Feuersteigerung in Flandern, im Artois und nördlich von St. Quentin den Eindruck zu erwecken, als ob ihre Offensivkraft in dem bisherigen großen Maßstabe weitergehe, allein es blieb bei Patrouillengefechten und Stoßtruppenunternehmungen. Aus diesen Vorkämpfungen brachten die Deutschen eine große Zahl Gefangener und vier Maschinengewehre ein. Die Abwehrfähigkeit war bei jenem Weiter außerordentlich rege. Deutsche Geschütze bemerken Batteriederfer um Ypern sowie Düsteren erfolgreich mit Bomben. Bei St. Quentin kam es jedoch nicht zu Handgranatentämpfen, die für die Engländer erfolglos und verlustreich endigten.

Während die Franzosen östlich von Reims ihre Artillerieaktivität steigerten, versuchten sie in der Campagne den militärischen Angriff vom 8. September östlich der Straße St. Bittre-St. Complet zu wiederholen. Der Misserfolg war diesmal noch größer. Am 7. und 8. September griffen sie nach hartem Gefechtsverlauf das Dorf St. Bittre an, das am 11. September in den Händen der Deutschen

an. Ungebrochenes Abwehrfeuer empfing sie. Mit unheimlicher Schallstärke schlugen die französischen Sturmwellen. Hausen weise brachen die Deutsche nieder. Aufgelassene Rüste flüchteten in die Ausgangsprägen zurück. In wüsten Minuten war alles vorbei. Eine Viertelstunde später versuchten die Franzosen einen zweiten Angriff. Die deutschen Berserkere brachen mit dem Bajonett im Gegenstoß vor und trieben die Franzosen unter Einbeziehung von Gefangenen zurück.

Die Heeresberichte.

M. B. Berlin, 12. Septbr., abends. (Amtlich.) Nichts Neues.

Wien, 12. September. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Russen und Rumänen griffen die Höhen westlich von Dena zu wiederholten Malen heftig an. Ihre Anstürme brachen meist schon in unserem Feuer zusammen. Einmal wurden sie durch Gegenstoß zurückgeworfen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es nur an den Hängen des Monte San Gabriele zu heftigen Kämpfen, die für uns günstig verliefen. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Albanien.

Südlich von Berat wurden italienische Abteilungen über den oberen Dün zurückgetrieben. Bei Pogradec am Ohrida-See wichen unsere Kräfte dem Druck des Überlegenen Gegners aus.

Frankreich und Belgien.

Die französische Ministerkrise.

Die Bedenken, die Painlevé sich erbeten hatte für seine Antwort auf das Auerhieten Poincarés, die Nachfolge Ribots zu übernehmen, ist verfrüht, ohne daß es zu einer Entscheidung gekommen ist. Nachts 1 Uhr hat am Mittwoch Painlevé sich ins Elysee begeben, um dem Präsidenten mitzuteilen, daß es ihm nicht gelungen sei, das Ministerium der nationalen Einheit, mit dessen Bildung er beauftragt war, zusammenzubringen. Infolgedessen gab er seinen Auftrag dem Präsidenten zurück. Eine spätere Meldung besagt jedoch, daß Painlevé den Auftrag abermals übernommen und sich aufs neue Bedenken erbeten habe, nachdem Poincaré ihn ersucht hatte, die Bemühungen zur Bildung des Kabinetts fortzusetzen.

Die rechtsstehende Presse, wie „Temps“ und „Debate“, sind über die scharfe Ablehnung Ribots durch die Sozialisten sehr enttäuscht. Der „Temps“ erklärt: Man könne nicht Krieg führen, wenn man in eigener Sache nicht Frieden habe. „Figaro“ sagt: Die durch Skandal vergiftete Atmosphäre Frankreichs müsse geklärt werden. Man könne Ribot dankbar sein, daß er noch in letzter Stunde ein System abgelehnt habe, das nach Stockholm geführt habe. Unter den heutigen Umständen sei die Wahl des künftigen Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter das größte politische Spiel, das seit Kriegsbeginn in Frankreich gespielt werde und wovon der Widerstand der Nation abhängt.

Diese Presstimmen lassen erkennen, daß die gegenwärtige Krise Frankreichs eine gewisse Ähnlichkeit mit der deutschen Regierungskrise im Juli d. J. besitzt. Das Ministerium Ribot hat ebenso wie Bethmann-Hollweg weichen müssen, weil es dem Kapitalisten als zu arbeiterfreundlich galt, gleichzeitig aber auch, weil die Parteien von rechts und links eine entschiedener Klarstellung der Kriegsziele verlangten. So wenig der innere Streit in Deutschland ein Nachlassen des Verteidigungswillens bedeutet, so wenig hat die Ministerkrise in Frankreich diese Bedeutung. Man soll sich also hüten, den Streit um das Regierungssystem als Zeichen der Schwäche aufzufassen. Wohl aber ist zu hoffen, daß der Druck, den die französischen Sozialisten auf die Neubildung des Kabinetts ausüben, dazu beiträgt, die Idee von Stockholm neu zu beleben. Im offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu regieren, ist heute in Frankreich genau so unmöglich wie in Deutschland, wenn es die Reaktionsäre haben wie drüben auch noch so sehr wünschen. Mit der Sozialdemokratie wird aber — darauf ist bei der jetzigen Haltung der französischen Sozialisten zu rechnen — ein neues Ministerium in Frankreich nur regieren können, wenn es die Pässe nach Stockholm nicht mehr verweigert.

Rußland.

Der vereinigte Kongreß der russischen sozialdemokratischen Partei.

auf dem 200 Delegierte 200 000 Organisierte vertraten, zeigt das Anwachsen der Internationalen gegenüber dem gouvemenentalen Menschewismus. Eine Resolution Teretelli wurde mit 115 gegen 79 Stimmen, die auf eine Resolution Martowfielen, angenommen. Sie betont die Notwendigkeit der gleichzeitigen proletarischen Klassenpolitik und der demokratischen Sammelpolitik. In gleicher Weise müßte für eine energische Landesverteidigung und für den verstärkten Kampf um den Allgemeinfrieden zu erreichen, eingetreten werden. Die Resolution macht für das Verbleiben der Sozialdemokraten im Kabinett die Befolgung der von der russischen Revolution proklamierten Prinzipien in der Außenpolitik zur Bedingung. Die Resolution Martow stellt fest, daß augenblicklich ein entscheidender Sieg über die Reaktion unmöglich ist. Die Volksmassen müßten für den Kampf um die Übergabe der Regierungsgewalt an die revolutionäre Demokratie, zum Kampf gegen die Militärdiktatur und für die baldige Beendigung des Krieges vorbereitet werden. Die Resolution fordert weiter die Unterstützung der Regierung gegen die Konterrevolution. Weiter begrüßt der Kongreß einstimmig die Rigaarmee und fordert die Demokratie auf, der Panik und ihrer reaktionären Ausnutzung zu widerstehen. Die Armee müsse wissen, daß hinter der Front das organisierte Volk mit aller Energie für den baldigen Allgemeinfrieden kämpft.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ergebnis der Luftkämpfe im August.

Berlin, 12. Sept. (Amtlich.) Im August verloren unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen

Der amtliche Kriegsbericht.

M. B. Großes Hauptquartier, 13. Sept. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei geringer Sicht blieb die Geschützaktivität an den Kampfzonen bei fortwährendem Feuerleisung und Vordringens im allgemeinen gering.

Deutscher Luftkampf den 17. August ab.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern. Südlich der Straße Miga-Wenden wichen deutsche Kavalleriekräfte stärkerem russischen Druck auf Marienberg und Neu-Keizen aus.

Nördlich von Baranowitschi, östlich von Larnopol und am Pruth lebhaftes Gibrungfeuer und Erkundungsgeplänkel.

Zwischen Dnjepr und Schwarzem Meer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Ohrida-See sind nur schwache feindliche Abteilungen ins Gebirge gedrungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Fronten im ganzen 295 Flugzeuge und 37 Ballone. Wir übten demgegenüber 64 Flugzeuge und 4 Ballone ein. Davon sind 32 Flugzeuge jenseits der Linie verblieben, während die andere Hälfte über unserem Gebiet abgeschossen wurde. Auf die Westfront allein entfielen von den 295 außer Gefecht gesehten feindlichen Flugzeugen 285 und von den 64 deutschen 54. Im einzelnen setzt sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 244 Flugzeuge wurden im Luftkampf, 41 durch Flug- und Abwehrkanonen und 3 durch die Infanterie abgeschossen. 7 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 125 in unserem Besitz. 169 sind jenseits unserer Linie erkennbar abgestürzt. Die Abschusszahl ist nächst April 1917, wo wir 362 feindliche Flugzeuge außer Gefecht setzten, die größte in einem Monat erzielt.

Die Stockholmer Konferenz.

Wie Troellstra dem Stockholmer Korrespondenten des „Handelsblad“ mitteilt, hält er auf Grund der Berichte der russischen Delegierten über ihre Erfahrungen in London, Paris und Rom die Aussichten für eine erfolgreiche internationale sozialistische Friedenskonferenz für günstiger als jemals. Die innere politische Lage in Frankreich und England möge die Verschiebung des Eröffnungstermins der Konferenz um einige Wochen nötig machen. Aber der stets kräftiger wachsende Wunsch nach dem Frieden in England und Frankreich, vor allem aber in Frankreich, biete die beste Garantie für ein Gelingen der Konferenz. Nach der Verweigerung der Pässe für Stockholm durch Riisot sei es bei verschiedenen Divisionen an der Front zu Kundgebungen gekommen, wobei gerufen wurde: „Nach Stockholm!“ Dieser Tage hatte das Vorbereitungsamt wiederum eine Sitzung ab, in der höchst wichtige Beschlüsse vorbereitet wurden, um positive Resultate auf Grund der bisher geleisteten Arbeit zu erzielen und in der eine möglichst gleichmäßige Auffassung über die Friedensbedingungen für die Konferenz angebahnt werden soll. Erst nach Beendigung der Erörterungen im Komitee sollen hierüber nähere Mitteilungen gemacht werden.

Eine Friedensaktion der ungarischen Katholiken.

Die Katholiken Ungarns beabsichtigen eine großzügige Friedensaktion zu unternehmen, die von der konservativen Aristokratie und den christlich-sozialen Organisationen unterstützt wird. Die Grundlage der Bewegung wird durch die Friedensnote des Papstes gebildet. Am 23. September wird in Budapest eine große Versammlung der Katholiken stattfinden, der auch der Zentrumsführer Erzbischof beizuhören wird.

Der Fürstprimas Ungarns erklärte, die Aktion bezwecke den möglichst baldigen Abbruch des Krieges und die Unterzeichnung eines ehrenvollen Friedens, der die Unversehrtheit Oesterreich-Ungarns sichert. In der Friedensversammlung wird dem Papste Dank für seine Note ausgedrückt werden und der heilige Vater wird ermahnt, nicht zu verzagen, wenn seiner Friedensarbeit zurzeit vielleicht noch kein Erfolg winkt. Die Papstnote wird langsam, doch sicher segensreiche Wirkung haben.

Die „Freiheit“ in den westlichen Demokratien.

„Daily Mail“ meldet aus Sydney: Der irische Arbeiterführer Jim Larkin, der mit einem Dampfer nach Australien reisen wollte, wurde gegen seinen Willen vom Kapitän in Pagopage auf den Samoa-Inseln an Land gesetzt. Man glaubt, daß er nach Amerika zurückkehrt, da alle Schiffabrigelassenen verständigt sind, daß es Larkin verboten wurde, sich nach Australien zu begeben.

Festhaltung eines dänischen Dampfers in Amerika.

„Daily Mail“ meldet aus Newyork: Die Regierung hielt den dänischen Dampfer „Oska II“, der mit 600 Passagieren und einer Ladung Lebensmitteln am 8. September nach Kopenhagen abreisen sollte, zurück.

Ausweisung von Gefangenen.

Das holländische Ministerium des Aeußeren teilt mit: Der holländischen Regierung ist es gelungen, zwischen der britischen und der deutschen Regierung eine Übereinstimmung in der Frage, welcher englische Hafen für die Austauschgefingenen in Betracht kommen wird, herbeizuführen. Dieser Hafen soll Boston sein.

Minister-Konferenz der neutralen Staaten in Stockholm.

Der Korrespondent des „Handelsblad“ in Stockholm teilt mit, daß die schwedische Regierung alle neutralen Staaten eingeladen hat zur Teilnahme an einer Minister-Konferenz der neutralen Länder in Stockholm. Da nach nicht alle Antworten eingelaufen sind, kann das endgültige Datum der Konferenz noch nicht festgestellt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen eine Erhöhung des Brot- und Kartoffelpreises.

Der Nahrungsmittelrat des Deutschen Reichstages hat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wernitz beschlossen, mit allen Mitteln gegen Erhöhungen des

Brot- und Kartoffelpreises Stellung zu nehmen. Diese würden für die Menge der städtischen Verbraucher unerschwinglich sein, um so mehr, als eine Erhöhung der Milch- und Butterpreise angekündigt ist. Der Deutsche Reichstag beantragt daher, sobald eine Steigerung der Getreidepreise nicht zu vermeiden ist, die Senkung der Preise durch Veräußerung von Reichsmitteln.

China

hat an Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Konferenz der Entente-Gewerkschaften. Eine Neuentwerfung besagt: Die Konferenz der Vertreter der nationalen Gewerkschaftsverbände der Entente-Mächte, die an das internationale Sekretariat in Berlin angesprochen waren, wurde in London beendet. Es wurde beschlossen, daß das internationale Sekretariat von Berlin entfernt werden soll. Schließlich wurde für folgende Resolution eine Mehrheit gefunden, worin es u. a. heißt: Es sollen über die Verlegung des internationalen Bureaus von Berlin nach einem neutralen Lande eingeholt werden. Fällt die Entscheidung zugunsten der Verlegung des Bureaus aus, so soll der schweizerische Verband ersucht werden, die nötigen Schritte zu unternehmen, um das Bureau in dem Lande zu errichten, über das seine Verwaltung von den verschiedenen Ländern abgestimmt werden soll. Die französische und tschechische Sektion waren außerstande, diese Entscheidung anzunehmen. Sie behielten sich das Recht vor, die internationale Konferenz in Bern zu besuchen, wo die Abstimmung stattfinden sollte. Die anderen Sektionen waren gegen die Berner Konferenz und für eine postalische Abstimmung. Die Konferenz nahm eine Entschließung an, worin für die Arbeiter eine Vertretung auf der Friedenskonferenz verlangt wird.

Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 13. September.

Sehr wenig gebühret sich die alldeutsche Presse tagtäglich, weil die Sozialdemokratie, unbeherrt durch alle übertriebenen Anwürfe der Heimeroberer, kraftvoll für einen baldigen Verständigungsfrieden wirkt. Und mit unermüdlichem Eifer laut unter kühles Amtsblick alles wieder, was sein größtes Zeitungsgeheimnis in dieser Beziehung von sich gibt. Heute morgen kann man in den „Lübischen Anzeigen“ einen wütenden Artikel gegen den Sozialdemokraten Scheidemann und die sozialdemokratische Presse lesen, der lebhaft an die schönsten Zeiten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie erinnert, dessen Spezialität es war, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren. So wird vom Amtsblatt dem Gewissen Scheidemann nachgesagt, er habe in seiner bekannter Unterredung mit dem Vertreter der amerikanischen „United Press“ seine Übereinstimmung mit den politischen Auffassungen von der Friedenspolitik des Herrn Wilson, die doch auf unsere Vernichtung ausgeht, bekannt gegeben. Wer das liest, der muß und soll zu der Annahme kommen, Scheidemann wolle die Vertreibung Deutschlands. Solche hodenlos gemeinen Beschuldigungen, die man dadurch zu fügen sucht, das man den Lesern über den Inhalt der Scheidemannschen Auslassungen nichts mitteilt, können wir getrost der Betrachtung aller unabhängigen Leute übergeben. Die Welt weiß, daß es nicht zum wenigsten der Sozialdemokratie und ihrer Haltung zu verdanken ist, wenn die Gegner Deutschlands ihre Vernichtungsabsichten nicht verwirklichen konnten. Dennoch sei hier noch einmal wieder gegeben, was Scheidemann in der vom Amtsblatt erwähnten Unterredung wirklich gesagt hat:

„Ich finde, daß die amerikanische Regierung ihre Kriegsziele in einer Weise umschreibt, die so aussieht, als habe ihr das Friedensprogramm des Reichstags als Unterlage gedient. Der Reichstag fordert in diesem Programm beinahe den Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Er erklärt, daß mit einem solchen Frieden erzwungene Gebietsveränderungen, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen, unvereinbar sind. Er weist alle Pläne, die auf wirtschaftliche Abwertung und Verpeinung der Völker nach dem Kriege abzielen, zurück. Er erklärt, daß er die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern wird. Mit alledem ist die amerikanische Regierung einverstanden. Die Frage entsteht: Warum führt sie dann gegen uns Krieg? Sie beantwortet diese Frage damit, daß ihr die gegenwärtige deutsche Regierung nicht geeignet erscheint, als Garant für den kommenden Frieden einzutreten. Dazu bemerkt ich, daß der Reichstag, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung des deutschen Volkes, bereit ist, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen. Der Gedanke, daß dieser Frieden, um Dauer zu versprechen, nicht nur von den Regierungen, sondern von den Völkern selbst garantiert werden soll, ist vollkommen richtig, wenn er auch von der amerikanischen Regierung in eine form gefeindet wurde, die für die deutsche Regierung verlegend ist. Formen für diese Garantie, die nach meiner Meinung gar nicht tief genug in den Völkern verankert werden können, müssen in den fünfzig Friedensverhandlungen gefunden werden.“

Man beachte: Scheidemann findet, daß Wilson im Grunde mit dem Friedensprogramm des Reichstags einverstanden ist und schließt daran die Meinung, daß der zukünftige Friede auch vom Reichstag garantiert werden müsse. Deshalb sei aber ein weiteres Einverständnis unanständig. Die „Lübischen Anzeigen“ behaupten demgegenüber, Scheidemann habe seine Übereinstimmung mit Wilsons Vernichtungsabsichten bekannt gegeben. Und dabei spricht das alldeutsche Blatt noch von der Unerschämtheit und Heuchelei anderer! Der Zweck der ganzen Uebung ist, Zweifel in die Reichstagsmehrheit hineinzubringen und einen Teil der dazugehörigen bürgerlichen Parteien zu den Amerikanern herüber zu ziehen. Bei diesem Versuch erhebt man sich wohl, daß Bethmann-Hollweg den Amerikanern attestiert, daß ihre Politik einen Mangel an politischer Einsicht in sich birgt, der allmählich ins Groteske gehen wird. Dafür legen die Herrschaften jeden Tag Beweise ab. Auf die anderen Verdrehungen des Amtsblattes einzugehen, verlohnt sich nicht.

Der Besammlung der Bürgerschaft, die am Montag, dem 17. September, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erliegen: I. Mitteilungen des Senates. II. Antrag des Senates: 1. Erlass eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 20. September 1905, betreffend die Errichtung einer Landwirtschafskammer. 2. Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1918. 3. Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. 4. Berechtigung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges im Rechnungsjahr 1917. 5. Umbau und Instandhaltung der Gebäude der ehemaligen Kaiserlichen Stelle in Dummerdorf. 6. Umbau des Beiges von Kasse nach Panten. 7. Bewilligung von Mitteln für die Ausgaben der Betriebsbehörde für die Gaswerke und das Elektrizitätswerk im Rechnungsjahr 1918. III. Fortsetzung der Beratung des Antrages: 1. Die Bürgerschaft ermächtigt den Senat, voranzufahren zu wollen, daß diejenigen Zukäufe über die Felder, die dem Publikum nur wenig nützlich sind, teilweise gekauft werden. IV. Antrag von Dr. v. Bröden und 49 weiteren Mitgliedern der Bürgerschaft: I. Die Bürgerschaft ermächtigt den Senat

dem im lübeckischen Staatsgebiet... die Hilfe des Staates zu gewähren...

Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt. Wie nicht anders zu erwarten war, sind alsbald nach dem Erlaß der lübeckischen Ausführungsverordnung...

1. Der Ehefrau eines im Felde stehenden Mieters war das Mietverhältnis zum 1. Oktober gekündigt, weil sie durch ihr Verhalten zum Mietvertrag und zu den übrigen Mietern im Hause Unfrieden hervorgerufen haben sollte...

2. Von den sämtlichen Mietern eines Hauses ist die Zahlung eines erhöhten Mietzinses für die Zeit vom 1. Oktober an gefordert für den Fall, daß sie nicht hinfort aus dem Geschäft des Hauswirts weichen...

3. Der Vermieter hat von seinem Mieter einen um 15 Mark jährlich erhöhten Mietzins gefordert, weil er im Hause kostspielige Reparaturen hat vornehmen lassen müssen...

4. Der vierte Fall betraf keine Wohnungs-, sondern eine Pianomiete. Unter den Beteiligten herrschte Meinungsverschiedenheit darüber, ob das zunächst nur gemietete Piano von dem Eigentümer seinerzeit veräußert oder nur unverbindlich zum Kauf angeboten ist...

Anhebung der Straßenbahn-Haltestelle am Rathaus (Breite Straße). Die Kriegszeit hat es mit sich gebracht, daß die Straßenbahn infolge Fehlens anderer Transportmöglichkeiten stark überlastet wird...

Legenden, Haltestellen, ist dringend erforderlich, um festzustellen den ungenutzten Betrieb nach Möglichkeit aufrecht erhalten...

Erstattungsansprüche in Sterbefällen. Nach dem Angefallenen-Versicherungsgebot haben die Hinterbliebenen einer verstorbenen Person (nämlich Witwe, Witwer und, falls solche nicht vorhanden sind, die hinterlassenen Kinder unter 18 Jahren) Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für den Verstorbenen entrichteten Angefallenen-Versicherungsbeiträge...

An Pilzergiftung erkrankt sind in Schlutup eine Anzahl Personen; vier davon wurden ins hiesige Krankenhaus überführt. pl. Im Stadthallen-Sommertheater gab es gestern Abend eine Schwantzenheit. Der müde Theodor. Real und Feiner zeichnen als Verfasser. Was sich da auf der Bühne abspielt, ist ein wirbeler Wäldchen, durch den komische Situationen gehäuft werden, ohne daß Witz und Humor dabei Verwendung finden...

Feldpostsendungen mit aufgeklebten Adressen. Feldpostsendungen mit aufgeklebten Adressen an deutsche Heeresangehörige — auch in den besetzten Gebieten und in den verbündeten Ländern — sowie an Angehörige der verbündeten Armeen sind zugelassen. Feldpostsendungen mit solchen Adressen an die Zivilbevölkerung der verbündeten Staaten, der besetzten Gebiete und nach dem sonstigen Ausland sind dagegen verboten...

Den Offenbarungseid leisteten im Monat August drei Personen vor dem hiesigen Amtsgericht.

Annahme der Feuerbestattungen. Die Feuerbestattung gewinnt während des Krieges immer mehr und mehr an Ausdehnung. So haben im Juli 1916 Einäscherungen stattgefunden gegen 901 im Juli vorigen Jahres. Im einzelnen fanden Einäscherungen statt in Berlin 135, Bremen 57, Hamburg 49, Kiel 4, Lübeck 7. Im ganzen wurden bis jetzt in sämtlichen deutschen Bestattungen 104 294 Einäscherungen vorgenommen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. September. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Gerlach, hat im Atlantischen Ozean neuerdings 8 Dampfer und 2 Segler mit 31 000 Brutto-Registertonnen versenkt, darunter die englischen bewaffneten Dampfer „Bolodia“ (5689 Tonnen) mit landwirtschaftlichen Maschinen und Nahrungsmitteln nach England, „Seaford“ (2767 Tonnen) mit Kohlen nach Malta, „Harmion“ (4066 Tonnen) mit Hafer und Stahl nach Bordeaux, „Treloste“ (3071 Tonnen), wahrscheinlich mit Munitionsladung, bewaffneter englischer Hilfs-Transporter „Elswid Lodge“ mit 3790 Tonnen Mais nach England, italienischer bewaffneter Dampfer „Miri“ (5360 Tonnen) mit Kohlen nach Italien, portugiesischer Dampfer „Doar“ — ex „Cajablanca“ — (1650 Tonnen) mit Kohlen nach Portugal sowie ein Dampfer mit 6000 Tonnen Mais nach England. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 13. September. Wie die „Morgenpost“ erzählt, ist der argentinische Marine-Attache Kapitänleutnant Arturo Celery von der argentinischen Regierung abberufen worden. — Der argentinische Gesandte Dr. Molina befindet sich augenblicklich in Dresden auf Urlaub.

Petersburg, General Bajillow, verließ am Dienstag nachts mit seinem Stabe heimlich Petersburg. — Die „Daily News“ meldet: Die Truppen der russischen Nordfront entscheiden sich für Korostow, dessen Anhang stark wächst. Er nähert sich dem Elben und Südoften der Hauptstadt und steht nur wenige Meilen von Jaroslavl entfernt. — „Petit Journal“ meldet aus Petersburg: Ein Teil der Petersburger Garnison marschiert nach Süden, wo Kornilow's Vorhuten stehen. Der Ausmarsch erfolgte ohne Wissen der provisorischen Regierung. — „Corriere della Sera“ meldet: Die Gebäude der Stadtgemeinde Petersburg sind vom 3. Don-Kofalen-Regiment besetzt. — Die Kronstädter Flotte überreichte der provisorischen Regierung ihre Forderungen.

Lugano, 12. September. General Kornilow verhaftete den General Morfy, der von der Petersburger Regierung gesandt wurde, um mit ihm zu verhandeln. In Petersburg ist alle Ordnung aufgelöst.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nordseegebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Zimmig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: F. S. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst. Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichsfinanzministers über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 8. April 1917 sind vom Montag, dem 17. September 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

Erzeugnis	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spinat (Blattspinat)	24 Pfg.	30 Pfg.	40 Pfg.
2. Rhabarber	5	7	10
3. Wirsingkohl			
a) geschlossen	7	11	15
b) nicht geschlossen	3	5	7
4. Rotkohl			
a) geschlossen	7 1/2	11	15
b) nicht geschlossen	3 1/2	5	7
5. Weißkohl u. Spitzkohl			
a) geschlossen	4	7	10
b) nicht geschlossen	3	5	7
6. Grünkohl	7 1/2	11	15
7. Rosenkohl	40	50	60
8. Kohlrabi mit Herzblatt ohne weiteres Kraut	12	15	20
9. Mairüben, Schmalz- oder ähnliche Herbst- rüben ohne Kraut	5	7	10
10. Zeltower, Voilfelber und Lübecker Rübsen ohne Kraut	20	25	32
11. Zwiebeln ohne Lauch	11	18	22
12. Schalotten	22	25	32
13. Mohrrüben (rote Wur- zeln) und längliche Karotten ohne Kraut	7	10	16
14. Karotten, runde ohne Kraut	12	17	22
15. Möhren, gelbe	5	7 1/2	10
16. Weiße Möhren	4	6	9
17. Rote Beeten	10	18	26
18. Schneide- und Brech- bohnen	22	26	34
19. Wachs- u. Perlbohnen	28	36	45
20. Bohnen	50	60	70
21. Grüne Einlege-Gurken Gewicht für das Schod ungefähr 16 Pfd.	8	10	18
22. Kleine grüne Einlege- gurken, Pfeffergurken	26	30	40
23. Gelbe Einmachegurken und Fretland-Salat- gurken	10	16	17
24. Steckrüben	1 1/2	3 1/2	5
25. Kürbis	10	12	15
26. im Querschnitt			
100 Stangen 60 Pfd.	40	48	60
100 Stangen 40 Pfd.	30	36	45
leichtere Ware	20	25	32
28. Sellerieknochen mit Kraut	20	25	30
29. Brombeeren	40	58	70
30. Mirabellen	40	50	60

Lübecker Straßenbahn. Wir geben bekannt, daß die Wagen der Linie 10 Horwetter Friedhof vom 16. September 1917 ab statt wie bisher vom Kohlmarkt nördlich vom Markt abfahren werden. Lübeck, den 13. September 1917. (2624)

Am 9. September verschied nach kurzer Krankheit unser verehrter Meister, Herr Wilhelm Roloff. Er war uns ein stets gerecht denkender Vorgesetzter, dem wir ein treues Andenken bewahren werden. 2615 Die Arbeiter der Schmelze der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck. Am Dienstag verstarb durch Unglücksfall unser Genosse Martin Szakinnis. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittags 4 Uhr auf dem Botwetter Friedhof. Die Mitglieder sammeln sich bis 3 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“. Ferner verstarb in der vorigen Woche unser Genosse Heinrich Möller. Auch ihm werden wir ein ehrendes Andenken bewahren. Der Vorstand. (2623)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10. (2616) Kleines guterhaltenes Sofa. Ang. unter A W an die Exped.

Stadthallen-Sommertheater. Donnerstag, 13. Sept. 1917: Das Dreimäderlhaus. Freitag, den 14. Septbr. 1917: Der müde Theodor. (2614)

Konzerte im Hansa-Theater 1917-18. Der Vorstand. (2618) Heute abend 8 Uhr Die Nacht der Liebe. (2619)

Die Städtische Obst- und Gemüsestelle ist berechtigt, für die Zuweisungen an die Großhändler, Großverbraucher und Klein- händler folgende weitere Zuschläge zu berechnen: Mt. 1.— für den Zentner Pfirsichen, Zwetschen, Äpfel und Birnen Gruppe I und II 0.50 für den Zentner Äpfel und Birnen Gruppe III. Sämtliche Preise gelten für ein Hund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes. (2617)

Ausländisches Gemüse und Obst. Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen ausl. Obst- und Gemüsearten sind die Kleinhandels- preise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle ver- öffentlichet werden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den be- treffenden Obst- und Gemüsearten die Preise deutlich erkennbar auszuliegen. Eine Ueberschreitung dieser Preise ist strafbar. (2616)

Richtpreise für Zitronen, Blumentohl und Pilze, Pflaumen, Stachelbeeren, Vogelbeeren und Quitten. Bis auf weiteres gelten folgende Richtpreise: 1. Zitronen Großhandel 65 Pfg., Kleinhandel 80 Pfg. das Pfund. 2. Blumentohl, Kleinhandel höchstens 150 Pfg. für den Kopf. 3. Steinpilze, Wiesen- champignon und Pfifferlinge 60 Pfg., 90 Pfg., 120 Pfg. Die übrigen wilden Pilze 30, 75. 4. Hagebutten 20 Pfg., 25 Pfg., 35, 45. 5. Stachelbeeren 16, 20, 30, 40. 6. Vogelbeeren 12, 15, 20, 25. 7. Quitten 60, 90, 120. Ein Ueberschreiten der Richtpreise ist strafbar. Lübeck, den 12. September 1917. (2622) Landesstelle für Gemüse und Obst.

Visitenkarten. Hansa-Theater. Heute abend 8 Uhr Die Nacht der Liebe. (2621) Bilderleisten. (2620)

Das Geheimnis des zweiten deutschen Sonderfriedensangebots.

Ein nicht geringes Aufsehen erregte in Deutschland und der neutralen Welt die Rede Kerenskis auf der Moskauer Staatskonferenz wegen der Mitteilung, daß Deutschland, nachdem Rußland ein deutsches Sonderfriedensangebot mit Entrüstung weit von sich gewiesen hätte, vor kurzem ein neues Sonderfriedensangebot an Rußlands Verbündete gerichtet hätte. Auf diese Behauptung Kerenskis hin richteten einige der berüchtigten Pressedemagogen, an denen Deutschland leider noch immer sehr reich ist, wütende Angriffe gegen die Regierung, die mit Friedensangeboten haustiere, und gegen die gesamte Friedenspolitik des deutschen Volkes und seiner Vertretung. Als nächster die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ ein in bürokratischem Schnörkeldeutsch abgefaßtes Dementi brachte, daß in Berlin von einem neuen Friedensangebot nicht das geringste bekannt sei, änderte das kaum noch etwas: das Urteil schien gesprochen, und obwohl alle näheren Mitteilungen darüber fehlten, wann, wo und dieses zweite Friedensangebot an Rußlands Verbündete ergangen sein sollte, blieb doch mindestens — selbst bei unparteiischen Beurteilern wie dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“ — ein Zweifel bestehen, ob nicht irgend welche Dummheit Deutschlands hinter diesem Geheimnis stecke.

Wir sind nun in der Lage, das Rätsel kinderleicht aufzulösen, da die Rede Kerenskis in Moskau uns jetzt im Wortlaut vorliegt. Nach diesem Stenogramm, das in allen großen russischen Zeitungen völlig übereinstimmend enthalten ist, hat Kerenski folgendes erklärt:

„Wir haben soeben erst den niederträchtigen Versuch erlebt, nachdem mißglücktes Sonderfriedensangebot an uns, sich durch Vermittlung einer neutralen heiligen Persönlichkeit an unsere Verbündeten mit einem gleichen Angebot eines Sonderfriedens zu wenden, denn unter den darin erwähnten Rechtspersonen war der Name Rußlands nicht genannt.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede ist dann Kerenski noch einmal auf den „nicht genügend objektiven und neutralen Schritt des Papstes“ zurückgekommen und hat versichert, daß die Verbündeten Rußlands diese Verführung mit der gleichen Entrüstung und Verachtung von sich weisen würden, wie Rußland selbst den Sonderfrieden entschlossen verweigere.

Wie Kerenski auf seinen Irrtum gekommen ist, daß der Papst einen Sonderfrieden vorschläge und wie aus diesem Irrtum in den Petersburger Depeschen ohne jede Beziehung auf den Papst die Behauptung wurde, Deutschland habe ein zweites Sonderfriedensangebot an Rußlands Verbündete gerichtet, darüber braucht man keine Vermutungen weiter anzustellen. Wer phantastieren will, kann ja annehmen, daß der Papst das für Rußland bestimmte Schreiben dem englischen Gesandten übergeben hat und daß dieser es nicht weiterbefördert oder bei den Russen jedenfalls eine falsche Vorstellung von seinem Inhalt zu erwecken verstanden habe. Jedenfalls ist Deutschland in diesem Falle nunmehr vollständig gerechtfertigt, und über jeden Zweifel hinaus ist festgestellt, daß das zweite Friedensangebot, von dem Kerenski sprach, nichts anderes gewesen ist, als der päpstliche Friedensvermittlungsvorschlag.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Würzburg für das Geschäftsjahr 1914/1917. (Schluß.)

Die Jugendbewegung.

Bei Kriegsausbruch zählten wir 837 Jugendausschüsse, 88 Bezirksleitungen und 108 300 Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“. Der Krieg mit seinen mehr und mehr unerfreulichen Begleiterscheinungen hat auch die Jugendbewegung in Mitleidenschaft gezogen. Besonders die fortgeschrittenen Einberufungen, die uns unsere besten und tüchtigsten Kräfte entzogen, hat die Jugendbewegung an vielen Orten lahmgelegt. Sie blieb auch von Spaltung und Versuchen nicht verschont. Schon kurz nach Beginn des Krieges setzten hier die Treiberkreise gewissenloser, jeder Verantwortung baren Elemente ein. Diese Treiberkreise, deren Träger durchweg die älteren, der Jugendbewegung längst erwachsenen Jugendlichen wurden, führten zum Boykott der „Arbeiter-Jugend“ und zur Auflösung von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend — und damit zur Spaltung. Diese Spaltung wurde nicht allein von Spartakusanhängern, sondern neuerdings auch von den Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei herbeigeführt. Dagegen wurden die möglichen Abwehrmaßnahmen durch die Zentralstelle getroffen.

Die Frage der militärischen Jugendausbildung beriet am 25. Oktober 1914 eine Konferenz der Bezirksleitungen, die nach eingehender Aussprache beschloß, die Beteiligung an den militärischen Jugendkompanien abzulehnen.

Auch gegen den Sparzwang und die sonstigen die Jugend betreffenden Kriegserordnungen der Generalkommandos wandte sich die Zentralstelle wiederholt, sowohl durch unsere Vertreter im Parlament, als auch durch eine ausführlich begründete Eingabe an das preussische Kriegsministerium, die die Aufhebung dieser Erlasse forderte.

Die Zahl der Jugendausschüsse betrug am 1. April 1915 zirka 500, am 1. April 1916 zirka 400 und am 1. April 1917 etwa 300.

Die Zahl der Jugendheime	Vorträge	Kurse	Führungen	Künftler	Veranstaltungen
1914/15	303	2956	70	468	1446
1915/16	194	1246	42	295	512

Der Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“ betrug am

1. April 1915 in 460 Orten	67 062
1. April 1916 in 351 Orten	52 934
1. April 1917 in 305 Orten	36 511

Das Bildungsweesen

Hat während der Berichtszeit, begrifflich genug, am ärgsten gelitten. Von den Einrichtungen des Zentral-Bildungsausschusses hat die Lichtbildzentrale den Krieg am besten überstanden. Schon in Frühjahrszeiten zogen Lichtbildvorträge größere Kreise von Zuhörern leichter an als andere Vorträge. In der Kriegszeit waren bis in den dritten Kriegswinter hinein Lichtbildvorträge oft das einzige Mittel, größere Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen zu vereinigen. Der Zentral-Bildungsausschuss hatte deshalb auch eine Reihe neuer Serien hergestellt, die sich unmittelbar und mittelbar auf den Krieg bezogen. Natürlich stand auch bei diesen Serien der Bildungszweck im Vordergrund. Auch die Märzserien wurden für Kinderveranstaltungen viel benutzt. Erst im dritten Kriegsjahre hat die Benutzung der Lichtbildzentrale erheblich nachgelassen. Mehrere Male wurden unsere Serien auch von Lazarett-, einzelnen Heeresabteilungen und Garnisonen in Anspruch genommen.

Seit Anfang Juni 1914 fanden 24 Nachwahlen zum Kreisrat statt, die bis auf zwei „burgfriedlich“ erledigt wurden. In Mannheim wurde an Stelle von Genossen Frank der Genosse Götz, in Hamburg III an Stelle von Genossen Wegner Genosse Stubbe, in Reichendach an Stelle von Kühn Genosse Müller, in Köln an Stelle von Hofrichter Genosse Meerfeld gewählt. Zu einem Wahlkampf kam es im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis, wo die Konservativen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Giese den nationalen albertischen Agitator Dr. Wildgrube aufstellten. Nur zwei Kandidaten standen sich gegenüber. Während bei der Hauptwahl 1912 für Lipinski 11 212, für den Konservativen Dr. Giese 10 326 und für einen Freisinnigen 4588 Stimmen abgegeben waren und bei der Stichwahl für Lipinski 12 840 und für Giese 13 328 Stimmen, erhielt bei der Nachwahl Lipinski 6332 und Dr. Wildgrube 7978 Stimmen. Ein eigenartiger Wahlkampf entwickelte sich in Spandau, wo Liebknechts Mandat durch dessen Verurteilung für ungültig erklärt war. Auf der Kreis-

konferenz, auf der die Kandidatenfrage geregelt werden sollte, hatte man erst einen Beschluß durchgedrückt, daß bei der Wahl eines Kandidaten nur die Stimmen gültig sein sollten, die für einen Anhänger der Parteiposition abgegeben wurden. Dadurch erlangte man eine Mehrheit für eine Kandidatur Mehring, gegen die der Bezirksvertreter Einspruch auf Grund § 19 des Parteistatuts erhob, weil bei den Kandidaten eine engere Wahl zwischen Stahl, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, und dem die nächste hohe Zahl erreichenden Kandidaten erforderlich sei. Ehe der Protest in einer späteren Konferenz zur Erledigung kommen konnte, beschloß man den Anschluß der Organisation an die in der bekannten Konferenz im Januar gegründeten Organisation der Opposition, den späteren „Unabhängigen“. Das zwang zur Sammlung der der Partei treu gebliebenen Genossen und zur Aufstellung einer eigenen Kandidatur. So gab es nun einen Wahlkampf zwischen unseren Genossen und den Anhängern der Spartakusgruppe. Das Wahlergebnis war folgendes:

Abgegeben gültige Stimmen:	21 895;
für Stahl	16 881
für Mehring	5 010
Zerplittert	4

Damit war schlagend bewiesen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen in diesem Kreise nicht auf dem Boden der Spartakusgruppe steht, sondern für den Genossen Stahl gestimmt hat. Wäre selbst der prozentuale Anteil der Gegner so groß gewesen, wie bei der Stichwahl 1912, als von 100 abgegebenen Stimmen 47,4 auf den Gegner entfielen, dann wären 10 378 Stimmen von Gegnern abgegeben, also 11 517 von Sozialdemokraten, wovon Mehring 5010 erhielt, also 6493 auf Stahl entfallen wären. Nun wird aber kein Mensch behaupten, daß die Gegner sich mit solchem Eifer für die Wahl eines Sozialdemokraten einsetzen wie für den eigenen Kandidaten. Das wird auch durch den Umstand bewiesen, weil die Stimmen für Genossen Stahl besonders zahlreich in den Arbeitervierteln Spandaus waren.

Bei der Landtagswahl im 11. Berliner Wahlkreis wurde Mehring für Liebknecht in das Dreiklassenparlament gewählt.

In den Gemeindevvertretungen sind bei der Anerkennung des Bürgerfriedens wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Ein Wandel ist infolgedessen eingetreten, als in zahlreichen Gemeinden Parteigenossen als Stadträte, Mitglieder der Schuldeputationen usw. gewählt und bestätigt wurden, so daß nun in mehr als 100 Städten sozialdemokratische Stadträte ihres Amtes walteten.

Die Parteipresse hat in der Berichtszeit eine fürchtbare Belastungsprobe geschäftlich und auch sonstig bisher bestanden und wird, ja muß sie auch bis zur Beendigung des Krieges bestehen. Der Vorjah, alle Bezugsorgane der Partei während des Krieges zu erhalten, konnte im allgemeinen bisher durchgeführt werden. Nur das kurz vor Ausbruch des Krieges für Oberflächlichste erachtete Unternehmen in Kattowitz mußte geschlossen werden und einige kleine Kopfschläger wurden mit ihren Stammlättern zusammengelegt. Das und der Übergang einiger Parteilätter zu der neuen Partei der Unabhängigen hat zur Folge gehabt, daß die Zahl der sozialdemokratischen Zeitungen von 91 am 31. März 1914 auf 80 am 31. März 1917 gesunken ist.

Leider haben die Endergebnisse zum Heeresdienst auch einen erheblichen Rückgang der Abonnentenzahl zur Folge gehabt. Während wir am 31. März 1914 mit 1 488 345 Abonnenten der Tagespresse einschließlich der „Gleichheit“ abgeschlossen, sank diese Zahl bis zum 31. März 1915 auf 1 060 891 und bis zum 31. März 1916 auf 900 731 und schloß am 31. März 1917 mit 762 757 ab. Das ist ein Rückgang um 48 Proz. Er beweist, daß die sozialdemokratische Presse nicht überall in den Arbeiterfamilien hinreichend fest wurzelt, so daß mit dem Fortgang des Mannes meist zu dem Abonnement eines bürgerlichen Blattes übergegangen wurde.

Zimmerhin scheint der Rückgang an Abonnenten jetzt bereits einem bei fast allen Blättern bemerkbaren Abonnentenzugang zu weichen. Die Abonnentenzahl einzelner Blätter steigt andauernd in erheblichem Maße. Das ist besonders auch bei dem „Vorwärts“ der Fall, dem durch den gegen ihn beschlossenen Boykott ein Teil seiner Leser abgehat war. Sie kehren jetzt in wachsender Zahl zurück. Im Juli hat er allein 10 000 neue Abonnenten gewonnen. Der „Vorwärts“-Konflikt bildet ein besonderes Kapitel in dem Bericht, dessen Inhalt jedoch schon ausführlicher, mit Dokumenten belegt, aus der zur Klärung des Konflikts herausgegebenen Broschüre des Parteivorstandes bekannt ist.

Konferenzen der Redakteure unserer Parteipresse haben während des Krieges drei gefagt, und zwar am 28. September 1914, 15. Mai 1915 und 19. August 1916. Alle drei Konferenzen beschäftigten sich mit der politischen Situation. Die Konferenz im September 1914 hatte auf Vorschlag des Partei-

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.
Von Edmund Hoefler.

24. Fortsetzung.

Nach einer Viertelstunde kam der Arrestant in die genannte Nummer, ein wirklich erträgliches Gemach, wurde sogar nach seiner Abendwünschen erfragt und dann allein gelassen, bis nach kurzer Zeit der Direktor Link sich plötzlich einstellte und sich in die Zelle führen ließ. Lange verweilte er dort nicht, desto länger aber im Zimmer des Gefangenewärters, und was dort zur Sprache gekommen war, machte ziemlich empfindlicher Natur gewesen sein, denn Herr Lüders glich von diesem Augenblicke an dem, was man eine „gemickte Menschenblüte“ heißt, soweit es ihm irgend möglich war; die Gefangenen hatten es, ganz abgesehen von Nummer Eins, ungewöhnlich gut, und wenn mit dem würdigen Mann gelegentlich einmal die alte Großbett durchging, lenkte er jedesmal in einer Weise um und ein, als ob er vor irgend etwas Entsetzlichem erschreckt. „Herrn Horst“, wie er den Arrestanten jetzt vor ihm selber, wie vor anderen unaussprechlich titulierten, begegnete er mit ausgefuchter, schier demütiger Höflichkeit, ja, zeigte sich niemals in der Zelle ohne seinen Rod und seine Perücke. Daß er, wie die Schließer beobachteten, beim Herausgehen in den Korridor dann zuweilen eine Grimasse machte, als ob er sich vergiftet fühle oder einen anderen vergiften möge, kam wenig in Betracht.

Hierauf beschränkte sich aber das Wunderbare und Unerhörte leinewege. Von diesen kleinen Zügen erfuhr man in der „Gesellschaft“ doch nur das Allgemeine, während es gerade in dieser einen ganz anderen, brinnende konsternierenden Eindruck machte, daß die Untersuchung gegen Horst gegenwärtig einem anderen Rat des Gerichtshofes übertragen war, als demjenigen, der sie während der ersten Hafttage des Gefangenen geführt oder, wie man sich zuflüchtete, vielmehr nicht geführt haben sollte, einem Herrn, der seit langer Zeit hier angestellt, auch vor dem schon, vor Herrn und mehr Jahren, bei verschiedenen Gelegenheiten mit Dettel zu tun gehabt und sich über denselben stets mit außerordentlicher Strenge geäußert hatte. Man wollte sogar von Privatgesprächen des Direktors mit seinen Räten wissen, bei denen sehr ernste Dinge zur Sprache gekommen sein sollten. Und daß er die Augenringe genau: daß ein Richter sein Urteil durch persönliche Empfindungen beeinflussen lassen könnte, verfiel er nicht; jedenfalls mußte und werde er das Gericht und die Angeklagten gegen solche Mißstände und Ehrverletzung auf das ernstlichste zu sichern wissen — das stand fest.

Auf den nachstehenden Fall schien sich das freilich nicht zu beziehen, wurde jedoch unter der Hand fast allgemein mit demsel-

ben in Verbindung gebracht. Denn man erinnerte sich, daß der Rat nicht nur, um dies zu wiederholen, gegen Dettel stets eingenommen gewesen, sondern auch von jeher mit der Kollier Pfarrfamilie im freundschaftlichsten Verkehr gestanden hatte.

Von nicht geringem Eindruck war das Resultat der beiden ersten, rasch einander folgenden Verhöre, das merkwürdigerweise nicht nur durch den Direktor, sondern auch durch den neuen Untersuchungsrichter selber hier und da anbehangen, ja es schien beinahe mit einer gewissen Genauigkeit bekannt gemacht wurde: die Schuld an dem Brande des Pfarrhauses wurde durch das unwillkürlichste Mißverständnis bestimmt abgenommen. Und Direktor Link sagte bei dieser Gelegenheit mit gerunzelter Stirn, er habe hier noch neuer den Beweis erhalten, mit welchem verdammenswerten Leichtsinne — er wolle kein anderes Wort wählen! — derartige Gerüchte ausbreitet, verbreitet und gelauscht würden, gewissermaßen — wiederum, um nur diesen Ausdruck zu gebrauchen — ins leere Blaue hinein. Die Gelegenheit sei aber ganz dazu angetan, der Sache einige, für jeden Ehrenmann wünschenswerte Folgen zu geben.

„Sie scheinen sich für Herrn Horst lebhaft zu interessieren, Direktor“, bemerkte ein Bekannter, der diese Neuerung mit angehört hatte, in einem gewissen vorstichtigen Ton.

„Das leugne ich nicht“, entgegnete Link ernst. „Wie ich den Mann aus den Akten und sonst kennen gelernt habe, kann ich ihm freilich den Vorwurf der Nachlässigkeit und des Leichtsinns nicht ersparen, muß indessen auch zugestehen, daß ihm ganz verzeihlich wenig Verstand und Wohlwollen auf seinem Lebenswege begegnet zu sein scheint.“

Und da jagte der Frager gedämpft: „Das ist nicht genug, Direktor. Er ist geradezu mißhandelt worden. Seinen Leichtsinne bestreite auch ich nicht. Ohne denselben dürften seine und anderer Leute Angelegenheiten anders stehen, als gegenwärtig.“

„Das ist eine eigenartige Offenbarung, mein Lieber!“ meinte Link, hörbar erstaunt.

„Gi, man hat eben seine Erinnerungen!“

„Und warum haben Sie dieselben nicht früher verwertet? Bei dem damaligen schändlichen Prozeß scheinen manche Dinge sehr vornehmlich beseitigt worden zu sein.“

„Gehen Sie mir fort, Direktor. Als ob unternehmer davon bei einem Verfahren etwas erfahren oder die Erlaubnis erhielt, sich auch ohne besondere Aufforderung einzumischen!“

Link schüttelte den Kopf, erwiderte aber nichts. Abgesehen von der Wahrheit, welche die Antwort enthielt, war der Hauptgrund des bewährten Schweigens doch bei diesem Sprecher der gleiche wie bei jedem anderen: es hatte niemand gern mit den Richtern und Gerichten zu tun, sondern ging ihnen nach Kräften aus dem Wege.

Es war überhaupt merkwürdig, daß sich die Stimmung gegen Horst gegenwärtig überall in einer Weise verändert zeigte oder — was nicht minder merkwürdig erscheinen mußte — sich jetzt nur lauter und offener als vormerkbar verhalten ließ, wie man es in manchen Kreisen gar nicht erwartet hatte und wie und da anscheinend dadurch ganz bestürzt wurde. Man vernahm über das frühere Leben des Mannes bei weitem mehr lebende Stimmen, und wenn man recht genau aufpaßte, war selbst in der „Gesellschaft“ kaum von anderen Vorkirren die Rede, als daß er sich eben mit allzu plebejischen Neigungen getragen, und die plebejischen Kreise den exklusiven vorgezogen habe, — was denn freilich Grund genug war, einem solchen Menschen einen schlechten Charakter und auch sonst alles mögliche Böse zuzutrauen. Das durfte er sich aber schon gefallen lassen, denn der freundlichen und nachsichtigen Stimmen war ein solcher Ueberfluß da, daß man die anderen kaum vernahm.

Man ging überhaupt in die Vergangenheit hinein und holte Erinnerungen hervor, welche von großer Bedeutung erschienen. Man erinnerte sich des Vaters, des ersten Handbelscherrn, und ließ es zuweilen ahnelnd laut werden, daß es mit dem damaligen gewaltigen Bankerrot wohl keine eigne Bewandnis gehabt haben möge. Jedenfalls haben dazu nicht bloß schämliche Konjunkturen und tollkühne Spekulationen oder, das Jagenannte unabwehrbare und undefinierbare „Anglist“ geführt, noch sei das „große Leben“ im Hause Horsts, zum mindesten sein eigenes, von bedeutlichem Einfluß gewesen. Es seien vielmehr sicherlich noch andere Faktoren wirksam gewesen, wann dieselben auch ganz merkwürdig ungeklärt und hinter den Kulissen geblieben seien. Es sei wiederum merkwürdig, daß die Aktiva so ganz außerordentlich gering gewesen, und — das sagte man noch ein wenig leiser! — was die Verwendung des Vermögens der Frau zur Schuldenbedeckung angehe, so — habe es damit gute Wege. Alle diese Dinge seien bei dem Prozeß, den später Harzer Siemann und seine Gattin gegen einen jetzt verstorbenen Advokaten oder richtiger gegen den Sohn geführt, zur Sprache gekommen, allein ohne weiteres, teils als nichtsbedeutend, teils als nichtswürdig auf die Seite geschoben oder der Gegenpartei geradezu als Verleumdung ausgelegt und so an derselben gestraft worden.

Im Publikum hatte man das wohl gewußt, allein mit der herkömmlichen Indifferenz, Stumpfheit oder Schau — man kann es auch Feigheit heißen! — dazu geschwiegen. Man hatte allzu wenig Interesse für die auftretenden Personen; ja jener Advokat, wenn er auch in diesem Fall recht haben mochte, stand im übrigen nicht gerade in besonderer Achtung, und daß Dettel sich von ihm habe verführen lassen, so allerhand Ansprüchen hier, zu allerlei Anschuldigungen da — das rechnete man auch diesem letzteren nicht zur Ehre an.

(Fortsetzung folgt)

vorkandes für die Haltung der Parteipresse im Krieg folgenden... Die Parteipresse soll dem Futurpatriotismus und chauvinistischen Treibern entgegenwirken; 2. Annerionsgefühle bekämpfen; 3. Bei Berichten über Kriegsgreuel, Gefangen- und Verwundetenbehandlung mit größter Objektivität verfahren und; 4. Auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegweisend sein.

Der Agitation und Werbearbeit der Partei waren durch den Belagerungszustand, seine Handhabung und die naheliegende damit verbundenen behördlichen Übergriffe enge Fesseln angelegt. Diese Einschränkung des politischen Lebens wurde mit der langen Dauer des Krieges immer unerträglich. Gegen besondere Schutz militärischer Interessen im Kriege wird niemand etwas einzuwenden haben. Die Handhabung des Kriegszustandsgesetzes geht jedoch weit darüber hinaus. Staatsbürgerliche Rechte werden vielfach kurzerhand beseitigt und durch Willkür ersetzt. Die Partei hat deshalb den Belagerungszustand und seine Auswüchse, namentlich auch das System der Schughaft, unausgesetzt aufs schärfste bekämpft und Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit verlangt.

Das Versammlungsleben hat sich mit Beginn des Jahres 1915 wieder lebhafter entwickelt. Nach den Berichten der Organisationen fanden Versammlungen statt

Mitglieder-Deffentliche Frauen-Versammlungen

1914-15	19 733	3182	512
1915-16	10 635	970	394
1916-17	7 131	778	200

37 499 4930 1106

Die Partei-Korrespondenz erscheint seit Ende 1914, zeitweise wöchentlich, jetzt 14tägig in einer Auflage von 13000 Exemplaren. Broschüren und Flugblätter gegen die Teuerung sind in Millionenauflagen verbreitet worden.

Zur Friedensfrage ist im Juni 1915 die Flugchrift: „Sozialdemokratie und Frieden“ erschienen, später die Broschüre „Frieden, Brot und gleiches Recht“. Scheidemanns Reichstagsrede: „Die Frieden der Verständigung“ ist in mehr als 300 000 Exemplaren verbreitet worden.

Ein Bild des Parteilebens und all der Einzelheiten des Krieges wie des Kampfes in der Partei gibt der Abschnitt des Berichts, der die Beschlüsse des Parteiausschusses registriert. In 13 Tagungen trat der Ausschuss zusammen, um sich gutachtlich zu den die Partei berührenden Fragen zu äußern. Uebereinstimmend wurde in der ersten derselben, am 9. September 1914, der Burgfriede in der Partei gefordert, aber schon die Januaritzung 1915 konstatierte die unerbittliche Mäßigkeit der Opposition. Der Burgfriede wurde aufgehoben, weil er sich einseitig nicht aufrechterhalten ließ, und die Verpflichtung ausgesprochen, den parteigenösslichen Geist bei Austragung der Gegensätze aufrechtzuerhalten.

Die Bewilligung der Kriegskredite sowie die Arbeit zur Herbeiführung des Friedens durch Inflation im Inlande fand ebenso die Billigung des Parteiausschusses wie die unausgesetzten Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der kriegführenden Länder. Am 30. Juni 1915 sind die Dinge soweit gediehen, daß der Ausschuss beschließt:

„Der Parteiausschuss verurteilt die offenbar von einer Zentralkommission geleitete unterirdische Ministerarbeit, die darauf hinausläuft, die Parteiorganisation von innen anzugreifen, um der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und der Arbeiterklasse.“

Die Veröffentlichung des Aufrufs „Das Gebot der Stunde“ durch den Genossen Haase, zumal ohne vorherige Zustimmung mit der Partei- und Fraktionsleitung, steht nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei.“

Dann nahmen die Dinge ihren Gang. Am 27. März 1916 erklärte der Ausschuss zur Fraktionspaltung:

„daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuss erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen.“

Er stellt aber auch schon damals fest:

„Die Tatsachen, die dem Parteiausschuss bekannt geworden sind, zeigen unzweifelhaft, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene selbständige Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.“

Demgegenüber betont er:

„In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierzerrörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.“

Diese bestimmte mannde Stellungnahme führte zu einer maßlosen Hege gegen den Parteiausschuss, dem die Parteiführer vorwarfen, daß er seine Befugnisse überschritten habe. Es folgte die Sonderkonferenz der Opposition im Januar 1917. Ihr Vorhaben, sie wickeln für die Einheit und im Rahmen der Partei wurde durch sie in seiner ganzen Unehrlichkeit enthüllt. Am 27. Januar 1917 konstatierte der Ausschuss als seine Auffassung:

„Das ist die Gründung einer Sonderorganisation gegen die Partei, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch von der Partei getrennt. Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei.“

Bericht am 15. März 1915 beschloß der Parteiausschuss in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Parteivorstandes die Fortsetzung der Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Verständigungsaktion für einen Frieden.

„ohne Eroberungen und ohne Vergewaltigung irgend eines Volkes“

Gemeinam mit der Reichstagsfraktion legte er später in dreitägiger Sitzung Leitzätze für die Kriegsziele der Partei fest und nahm am 17. Juli 1917 zum Inhalt des Berichtes über die Verhandlungen der internationalen Konferenz in Stockholm entgegen.

In der gleichen Sitzung beriet der Ausschuss eingehend über die politische Situation und kam dabei einmütig zu dem Ergebnis:

„Die Fraktion soll bei der nächsten Reichstagsitzung von der Reichsleitung mit allem Nachdruck verlangen, daß sie zur Kriegsziele klar Stellung nehme und sich bereit erklärt zur Demokratisierung im Innern, namentlich zur Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen erklärt.“

Die internationale Verständigung hat während des Krieges keine neuere Grund gefunden wie die deutsche Sozialdemokratie. Von der Reise Kalkers nach Paris, kurz vor Ausbruch des Krieges, zu dem Versuch zu einer Verständigung mit der russischen Partei auf dem Wege über die Schweiz zu gelangen, im September 1914, und der Unterstützung der Bemühungen der belandischen und finnischen Genossen bis Stockholm ist eine geschlossene Reihe von Versuchen hierher. Diese Versuche haben in dem Bericht eine eingehende Würdigung. Sie sind in letzter Zeit auch in der Parteipresse so häufig besprochen worden, daß sich hier eine nochmalige Wiederholung erübrigt. Ebenso wie die Wiederholung der im Sonderkongress in einer Hauptversammlung verlesenen Erklärung der Delegation der deutschen Sozialdemokratie auf der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm. In diesem Dokument finden alle die An-

würfe, die im Innern und Auslande gegen die grundsätzliche Stellung der Partei erfolgt sind, ihre blühende Widerlegung. Es ist ein Werk, das dem zukünftigen Beurteiler, der unsere Zeit, losgelöst von der Reichbarkeit der täglichen Kriegseinwirkungen, betrachtet, die angeleglich grundsätzlichen Differenzen über die Haltung der Partei als das zeigen wird, was sie sind: als grundlose Treibereien zum Schaden der Einheit der deutschen Sozialdemokratie und der ganzen Arbeiterbewegung.

Der Kassenbericht muß entsprechend dem Stand der Organisationen und der Parteipresse als ein wenig befriedigender bezeichnet werden.

Im letzten Berichtsjahre 1916/17 betrug die Summe der Gesamteinnahmen 583 458,23 Mk., deren eine Ausgabe von 976 295,99 Mark gegenübersteht, so daß bei einem Kassenbestand von 34 743,34 Mark die Summe von 375 065,68 Mk. dem Verdrängen zum Ausgleich entnommen werden mußte.

Unter diesen Umständen werden die Parteioorganisationen im Lande bemüht sein müssen, mehr als bisher wieder an die finanzielle Stärkung der Partei zu denken, soll diese den gewaltigen Kämpfen, die ihr in der Zukunft noch bevorstehen, auch finanziell gewachsen sein.

Bericht der Kontrollkommission.

Die Kontrollkommission legt zum ersten Male einen schriftlichen Bericht vor, in den auch der schon im Jahre 1914 erstattete seine unveränderte Aufnahme gefunden hat. Einen verhältnismäßig breiten Raum nehmen in diesem die Verhandlungen ein, die zur Herbeiführung befriedigender Verhältnisse in der Redaktion der „Neuen Zeit“ geführt wurden, die durch den Gegensatz zwischen Kautsky und Wehring unendlich geworden waren. Die im Einverständnis mit der übrigen Redaktion erfolgte Aufhebung der Feuilletonbeilage durch den Parteivorstand fand nicht die Billigung der Kontrollkommission. Im zeitgeschichtlichen Interesse ist die Schlussfolgerung des Berichts vom Jahre 1913/14 über das Zusammenarbeiten der Kontrollkommission mit dem Parteivorstand. Dort wird betont, nachdem gesagt ist, daß die Kontrollkommission nicht immer imstande sei, die Beschlüsse des Parteivorstandes zu billigen:

„Über bei dem Austrag der Meinungsverschiedenheiten jeder Art finden sich beide Körperschaften in dem Bestreben zusammen, das Beste für die Partei zu wolle. Ihre Auseinandersetzungen sind von festem gegenseitigen Vertrauen und kameradschaftlicher Gesinnung getragen, der Grundlage eines demokratischen, eines brüderlich-sozialistischen Zusammenwirkens, wie sie alle die Jahre über trotz mancher lebhaften Erörterungen bestanden hat und besteht. Die sich immer schärfer zuspitzenden Klassenkämpfe, ganz besonders in der jetzigen Zeit, fordern mehr als je von den Mitgliedern beider Körperschaften ebenso die Selbstständigkeit des Urteils und die Freiheit der Kritik, wie ein freundschaftliches vertrauensvolles Zusammenarbeiten.“

In der Stellung der Kontrollkommission liegt es begründet, daß sie sich auch wiederholt mit den Differenzen in der Partei zu befassen hatte. Den Parteistreit in Stuttgart und Göttingen entschied sie am 22. und 23. November 1915 in Frankfurt a. M. in der Hauptache durch Zurückweisung der Beschwerden gegen den Parteivorstand, weil sie „unbegründet“ waren.

Die Vorbereitung der Parteispaltung, die durch Kautsky in der „Neuen Zeit“ gefördert wurde, wollte die Redaktion des „Vorwärts“ durch einen Artikel „Politische Pflicht und Parteizucht“ unterbinden. Der Parteivorstand wollte den Abdruck nur gestatten, wenn auch die gegen Kautsky von Braun u. a. erhobenen Einwände im Zusammenhang gebracht würden. Die Redaktion lehnte das ab und legte Beschwerde ein, die von der Kontrollkommission „zurückgewiesen“ wurde. Sie erklärte:

„Der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, mußte die Ablehnung der Artikel verlangen.“

Wegen der Herausgabe der Broschüren „Für die Einheit der Partei“ und „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“ erhoben der sozialdemokratische Verein Königsberg und Seeger (Leipzig) Beschwerde. Der Parteivorstand „überschreite seine Befugnisse und treibe Parteizerrüttung“. Die Kontrollkommission beschloß: „Die Beschwerde ist unbegründet“. Ebenso wurde die Beschwerde Königsberg gegen den Vorstand, „er habe Haase zur Niederlegung seines Amtes als Parteivorstand in unerlaubter Weise genötigt, diese Amtsniederlegung sei daher eine rechtswidrig erzwungene und daher rechtswidrig“, als unbegründet zurückgewiesen und in derselben Sache nochmals: „Die Kontrollkommission war einstimmig der Auffassung, daß dem Parteivorstand wegen seiner Behandlung des Falles Haase ein Vorwurf nicht zu machen ist.“

Im Falle Meyer, der als Redakteur am Zentralorgan der Partei die Beitragsperre propagierte, konnte die Kontrollkommission mit 4 gegen 4 Stimmen keine Entscheidung treffen.

Der Bericht schildert im einzelnen die verhandelten Beschwerdefälle und geht sodann auf die Wirkungen der Parteispaltung auf die Zusammenlegung der Kommission ein:

„An den Verhandlungen hatten bisher die Mitglieder Wilhelm Boß, Fritz Geper und Adolf Geß mitgewirkt; Klara Zeffin war wegen Krankheit seit August 1915 entzündigt. Aus diesem Grunde wurde die Entscheidung der Frage, ob sie noch der Kontrollkommission angehören könne, hinausgeschoben. Es war bekannt, daß sie seit Jahren ihre Beitragszahlung an die sozialdemokratische Partei eingestellt und der Sonderorganisation in Stuttgart angehört, die keine Beiträge an den Parteivorstand abführt. Boß und Geper hatten sich im Reichstag von der Mehrheit getrennt und waren der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft beigetreten. Adolf Geß war in Baden aus der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages ausgetreten. Diese drei Mitglieder gehörten aber noch zur sozialdemokratischen Partei, zu der sie ihre Beiträge zahlten; ihre Sonderbestimmungen konnten daher nicht auschlaggebend für ihre weitere Zugehörigkeit zur Kontrollkommission sein.“

Erst als Geper und Boß die „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ mit aus der Lanze hoben, war ihre Zugehörigkeit zur Kontrollkommission unmöglich geworden. Geß erklärte im Gegenzug zu Presseberichten seinen Kollegen, daß er „nach wie vor Mitglied der alten Organisation sei und ihr ihre Beiträge bezahle“. Am selben Tage aber teilte er schriftlich mit, er habe jetzt erst erfahren, daß er in Gotha in die Kontrollkommission der „Unabhängigen“ gewählt sei. „Die Tatsache war mir bisher unbekannt. Ich bin also zur heutigen Sitzung der Kontrollkommission unter unrichtigen Voraussetzungen gekommen.“

Damit war auch Geß aus der Kommission ausgeschieden, die den Genossen Seeger, Frankfurt a. M., zu ihrem Vorsitzenden bestimmte und anger ihn aus dem Genossen Ernst Hengsbach, Stübbe und Tinnar befehlt. Die Kontrollkommission hat auch in den Tätigkeitsjahren 1914/17 allvierteljährlich die Hauptfrage, Verhandlung und Berlag des „Vorwärts“ und die übrigen zentralen Parteifragen sowie die ihnen angegliederten Betriebe revidiert. In wesentlichen Ausstellungen gaben die Revisionen keine Veranlassung. Niemand wurde freis als in besser Ordnung befunden, auch die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes, die immer in gemeinsamen Sitzungen besprochen wurde, konnte nur gebilligt werden.

Aus der Partei.

Die unpopuläre Frage und die deutsche Sozialdemokratie. Die Kämpfe des Genossen Hermann Wendel über die mazedonische Frage, in denen er verlangte, daß die Bulgaren sich mit den Serben pacts Teilung verständigen sollten, haben in Bulgarien große Verwirrung hervorgerufen, weil man in ihnen den Ausdruck der Haltung der deutschen Sozialdemokratie erblickt. Auf eine Anfrage des Genossen Hans Sakschoff hat der deutsche Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

„Leuzer Genosse Sakschoff.“ Anlässlich der beiden Zusammenkünfte, die wir mit Ihnen in der vorigen und in dieser Woche hier hatten, teilten wir Ihnen folgendes mit: Die Ausführungen, die der Genosse Hermann Wendel über die politischen und ethnographischen Verhältnisse in Mazedonien im „Vorwärts“ gemacht hat, sind von ihm persönlich unterzeichnet. Der „Vorwärts“ ist in der Tat Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daraus folgt aber keineswegs, daß die Partei verantwortlich gemacht werden könne für Anschauungen, die ein Parteigenosse unter seinem Namen veröffentlicht. Jedenfalls erklären wir Ihnen, daß die Ausführungen Wendels seine persönliche Meinung darstellen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ folgert daraus, daß Hermann Wendel abgelehnt sei und seine Forderung eines Verständigungsfriedens auf dem Balkan preisgegeben. Das beweist, wie unehrlich alle Tiraden der Scheidemänner gegen einen Gewaltfrieden und für einen Verständigungsfrieden seien. Diese Schlussfolgerung läßt an Rühmlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es handelt sich bei der Erörterung der mazedonischen Frage darum, ob ethnographisch und nach dem Willen der Bevölkerung geschäftlich und ökonomisch Mazedonien zu Bulgarien gehört oder zu Serbien. Ueber diese Frage kann man sehr wohl verschiedener Meinung sein, gleichviel wie man zur Frage des Verständigungs- oder Gewaltfriedens steht. Es sei nur hervorzuheben, daß die bulgarische Regierung eine Volksabstimmung in Mazedonien geradezu wünscht. Der Parteivorstand hat nichts weiter getan, als was überhaupt für alle Parteibeitragenden gilt: irgend ein Zeitungsartikel, mag er im „Vorwärts“ stehen oder anderwärts, kann niemals die Partei festlegen. Jeder Redakteur schreibt nur unter seiner eigenen Verantwortlichkeit. Das gilt ganz besonders, wenn der Artikel mit dem Namen des Verfassers gezeichnet ist.

Gewerkschaftsbewegung.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern. Auf das Einladungsschreiben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zur internationalen Gewerkschaftskonferenz, die am 1. Oktober in Bern stattfindet, sind schon zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Die Gewerkschaften der Entente-Länder befinden sich gegenwärtig auf einer Versammlung in London, um zur Berner Konferenz endgültig Stellung zu nehmen. Am Termin vom 1. Oktober wird festgehalten.

Der Ablehnschein ist bekanntlich zu gewahren, wenn der Arbeiter, der ihn verlangt, den Nachweis führen kann, daß er sein Einkommen durch einen Stellenwechsel angemessen zu vergrößern vermag. In welcher Form beweist nun der Arbeiter, der den Ablehnschein beantragt, daß ihm auf der neuen Stelle bessere Arbeitsbedingungen winken? Am einfachsten natürlich durch eine Bestätigung des neuen Arbeitgebers. Aber diese Form des Nachweises ist keineswegs die einzig mögliche. Das Gesetz verlangt keinen Urkundenbeweis. Der Schlichtungsausschuss ist verpflichtet, den Arbeiter bei der Führung dieses Beweises zu unterstützen. Es kann z. B. von dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, wie die „Antistich“ Mitteilungen und Nachrichten“ des Kriegsammtes in Nr. 28 mitteilen, verlangt werden, daß er bei dem neuen Arbeitgeber telefonisch anfragt, ob die Angaben des Arbeiters über die Möglichkeit der Erlangung eines höheren Lohnes zutreffend sind. Auf solche Anfragen muß der Unternehmer nach § 17 des Hilfsdienstgesetzes Auskunft erteilen, wenn er nicht der in § 18 III angedrohten Strafe verfallen will. Die „Antistich“ Mitteilungen“ des Kriegsammtes schließen diese Erläuterung des Hilfsdienstgesetzes mit der allgemeinen Anweisung: Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuss soll möglichst frei von allem Formalismus und Schematismus behandelt werden.

„Leuzer Genosse Sakschoff.“ Anlässlich der beiden Zusammenkünfte, die wir mit Ihnen in der vorigen und in dieser Woche hier hatten, teilten wir Ihnen folgendes mit:

Die Ausführungen, die der Genosse Hermann Wendel über die politischen und ethnographischen Verhältnisse in Mazedonien im „Vorwärts“ gemacht hat, sind von ihm persönlich unterzeichnet. Der „Vorwärts“ ist in der Tat Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daraus folgt aber keineswegs, daß die Partei verantwortlich gemacht werden könne für Anschauungen, die ein Parteigenosse unter seinem Namen veröffentlicht. Jedenfalls erklären wir Ihnen, daß die Ausführungen Wendels seine persönliche Meinung darstellen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ folgert daraus, daß Hermann Wendel abgelehnt sei und seine Forderung eines Verständigungsfriedens auf dem Balkan preisgegeben. Das beweist, wie unehrlich alle Tiraden der Scheidemänner gegen einen Gewaltfrieden und für einen Verständigungsfrieden seien. Diese Schlussfolgerung läßt an Rühmlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es handelt sich bei der Erörterung der mazedonischen Frage darum, ob ethnographisch und nach dem Willen der Bevölkerung geschäftlich und ökonomisch Mazedonien zu Bulgarien gehört oder zu Serbien. Ueber diese Frage kann man sehr wohl verschiedener Meinung sein, gleichviel wie man zur Frage des Verständigungs- oder Gewaltfriedens steht. Es sei nur hervorzuheben, daß die bulgarische Regierung eine Volksabstimmung in Mazedonien geradezu wünscht. Der Parteivorstand hat nichts weiter getan, als was überhaupt für alle Parteibeitragenden gilt: irgend ein Zeitungsartikel, mag er im „Vorwärts“ stehen oder anderwärts, kann niemals die Partei festlegen. Jeder Redakteur schreibt nur unter seiner eigenen Verantwortlichkeit. Das gilt ganz besonders, wenn der Artikel mit dem Namen des Verfassers gezeichnet ist.

Aus Nah und Fern.

Einem Stück Brot erstickt. Der Ghefrau des Oberexpedienten Agsten in Blau-Herndorf in Sachsen geriet ein Stück Brot in die Luftröhre. Sie erlitt einen Erstickungsanfall, der in kurzer Zeit den Tod herbeiführte.

Zufolge Entgleisung eines Triebwagens der Bergischen Kleinbahn wurden zwei Fahrgäste getötet, 20 schwer und 12 leicht verletzt.

Bevorstehende Einstellung der Feuerbestattungen in Kopenhagen. Die Leichenverbrennung, die in Kopenhagen immer weitere Kreise für sich gewonnen hat, wird im kommenden Winter des Kohlenmangels wegen kaum mehr aufrechterhalten werden können, denn zu jeder Verbrennung gehören acht Hektoliter Koks, die zu beschaffen nicht möglich sein wird.

Wie alt ist das Leben auf der Erde?

Die Frage, seit wie viel Jahren überhaupt Leben auf der Erde besteht, wird keineswegs beantwortet, wenn man sich dabei nur auf die Kenntnis von den ausgestorbenen Tieren und Pflanzen beschränkt. Da sich unterhalb der tief- und pflanzenführenden Erdschichten in einer Mächtigkeit von 30 000 Morgen Urgrüneis, Urschiefer, kristallinische Schiefer befinden, die keinerlei Zeugnis von einfliegen Lebewesen geben, wurde meist angenommen, daß das Leben auf der Erde erst seit jener Zeit existiert, in der sich die untersten fossilführenden Ablagerungen (das Paläozoikum) niederlagerten. Daß diese Auffassung vielleicht ein großer Irrtum ist, und daß in keiner Form erhaltene Lebewesen bereits zu einer viel früheren Zeit vorhanden gewesen sein mögen, erörtert an der Hand der Ausführungen verschiedener Gelehrter W. Franz in der „Umschau“.

Wenn das Alter verschiedener archaischer Mineralagerstätten von den Forschern Königsberger und Strutt mit 200 bis 500 Millionen Jahren richtig angegeben ist, hat man einigermaßen einen Leitfaden für die Rückverfolgung des Lebens auf der Erde. Höchstwahrscheinlich bestanden bereits vor dem Urgrüneis Bedingungen, unter denen Leben möglich war, da man heute im sog. Urgrüneis stark veränderte Ablagerungen erblickt. Es gilt also, in eine noch ältere Zeit hinauszugehen, nach dem Alter der Meere zu fragen, das ja zweifellos höher sein muß als das archaischer Gesteine. Aus der Tatsache, daß die Flüsse dem Meer jährlich ein Neunzigmillionstel seines Salzgehaltes zuführen, läßt sich das Alter der Meere auf nicht mehr als 95 Millionen Jahre. Aber auf demselben Wege gelangte Mellard Reade zu der Bestimmung von 166 Millionen Jahren. Derselbe Forscher schlug dann einen andern Weg zur Unternehmung ein und fand auf Grund des Salzgehaltes der Flüsse und desjenigen der Erdrinde, deren gesamter Kalkstein sich in im Meer gebildet haben muß, als das geringste Alter der Meere die Zahl von 600 Millionen Jahren. Auf ähnlichem Wege kam der Forscher Sederholm zu einer Milliarde Jahren, und da diese Angaben neben den Altersbestimmungen an Mineralien verhältnismäßig niedrig erscheinen, kann nach der Meinung von Franz das Alter der Meere nach Milliarden von Jahren gemessen werden. Wenn nun das Alter der Erdruste sich nach den bedeutendsten Forschern auf ungefähr 65 Milliarden Jahre beläuft, erhält man einen nach Zehnern von Jahrmilliarden zählenden Zeitraum, in welchem Organisches aus Anorganischem entstanden, d. h. die Ursprünge des Lebens sich herausgebildet haben müssen. So kommt Franz endlich zu dem Schluss, daß die Vorgeschichte des Lebens auf der Erde ungefähr hundertmal so lang gewesen ist wie die Geschichte des Lebens, von dem uns die Fossilien Kunde geben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.